



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Positionspapier des Bayerischen Gemeindetags:

Stellschrauben der Energiewende

Der ländliche Raum rückt immer mehr in den Fokus der Energiewende. Mindestens 130.000 Hektar sollen bis 2032 für Windvorranggebiete ausgewiesen sein. Bis 2030 soll sich die Erzeugungslastleistung der Photovoltaikanlagen von derzeit 16,2 GW auf ca. 50 GW erhöhen, was mehr als 35.000 Hektar zusätzlich überbaute Fläche im Fall von Freiflächenanlagen bedeuten würde. Hinzu kommt der Netzausbau, der auf Verteil- wie auf Übertragungsnetzebene erheblich gesteigert werden muss. Aufgrund dieser Herausforderungen hat der Bayerische Gemeindetag ein Position- und Forderungspapier verabschiedet, das die Stellschrauben der Energiewende aus der Perspektive des ländlichen Raums beleuchtet. **Verbandspräsident Dr. Uwe Brandl und Direktor Stefan Graf** stellten die Maßnahmen bei einer Pressekonferenz in Markt Schwaben vor.

„Eine gelungene Transformation der Energieversorgung ist ein wesentlicher Baustein einer nachhaltigen Entwicklung auch der ländlichen Räume und damit Basis für Wohlstand und Zukunftschancen“, betonte Gemeindetagschef Brandl. Die Taktung der damit verbundenen Anstrengungen sei enorm.

- 8.600 PKW mit fossilen Antrieben werden durch alternative Antriebe ersetzt.
- 3 neue Elektrolyseure mit einer Leistung von insgesamt 5 MW werden installiert (ca. 5 Container).
- 1 Umspannwerk wird errichtet.

Problematische Ausbauziele

„Realistisch gesehen sind die ehrgeizigen Ausbauziele, insbesondere das Verdreifachungsziel bei der Photovoltaik, bis zum Jahr 2030 kaum erreichbar“, stellte Brandl fest. „Das

Treibhausneutral bis 2035

Bis 2035 soll der komplette Stromsektor in Deutschland treibhausneutral gestellt werden. Aufgrund des prognostizierten steigenden Strombedarfs bedeute dies eine Verdreifachung der durch erneuerbare Energien zu erzeugenden Strommenge. Nach Berechnungen der Energiebranche müsse dafür wöchentlich bis 2040 in Bayern Folgendes passieren:

- Installation von PV-Anlagen auf 160 Fußballfeldern Freifläche und auf ca. 1.000 Wohngebäuden.
- 2 neue 5 MW Windkraftanlagen werden in Betrieb genommen.
- 2.300 fossile Heizanlagen werden durch regenerative Anlagen ersetzt (plus notwendiger Wärmenetzausbau).
- 1.250 Wohngebäude werden energetisch saniert.
- 3 Großbatteriespeicher (jeweils ca. 2 Schiffcontainers) mit einer Kapazität von insgesamt 15 MWh werden installiert.



V.l.: Bürgermeister Michael Stolze, Kreisverbandsvorsitzender Christian Bauer, Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl, Direktor Stefan Graf.

neue Deutschlandtempo müsste dafür auch für den Verteilnetzausbau und die Errichtung von PV-Freiflächenanlagen und Speichern greifen.“ Jedenfalls sind die Gemeinden grundsätzlich bereit, den immensen Flächenbedarf bereitzustellen, um genügend Strom zu produzieren. „Allerdings brauchen wir gra-

vierende Verbesserungen bei der Wertschöpfung vor Ort“, unterstrich der Präsident. „Bis heute haben die Gemeinden keinen Anspruch darauf, dass sie oder ihre Bürger an den Erträgen beteiligt werden.“ Als Garant für die Akzeptanz der erforderlichen Veränderungen (Fortsetzung auf Seite 4)

DStGB-Positionspapier zur Migrationspolitik:

Ruf nach Masterplan

Zahlreiche Städte und Gemeinden sind an ihrer Belastungsgrenze. Die bewussten russischen Angriffe auf die Energie-Infrastruktur führen zu dramatischen Verhältnissen. Laut Deutschem Städte- und Gemeindebund muss eine EU-weite Verteilung der Flüchtlinge sichergestellt werden.

Zudem sind Bund und Länder aufgefordert, Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen so-

wie die Finanzausstattung und Integration zu verbessern. Insgesamt fordert der Kommunalverband eine Neuausrichtung mit einem Masterplan Migrationspolitik.

Deutlicher Anstieg der Bewerberzahlen

Nach Angaben des DStGB sind derzeit rund eine Million ukrainische Flüchtlinge registriert. Nach der Aufhebung der durch Corona bedingten Reisebeschränkungen steigt auch die Zahl der Asylbewerber aus Drittstaaten wieder deutlich an. 2022 wurden rund 220.000 Asylbeanträge in Deutschland gestellt, rund 45 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Damit werden wieder die Zahlen von 2014 und 2017 erreicht. Deutschland ist weiter innerhalb der EU das Hauptzielland von irregulärer Sekundärmigration aus Griechenland, aber auch aus Italien und Spanien. Hier kommen vor allem anerkannte, aber noch nicht integrierte Geflüchtete nach Deutschland. Darüber hinaus ist ein verstärkter Zustrom aus der Türkei zu beobachten, zudem ein signifikanter Aufwuchs von Migranten aus Ländern aus dem Balkan, die nicht zuletzt aufgrund der neuen Visumsfreiheit in Serbien den Weg nach Deutschland suchen.

Professionelle Unterbringungsstrukturen

Die Folgen dieses Ankunftsgeschehens zeigen sich laut DStGB in den Städten und Gemeinden mittlerweile sehr deutlich. Trotz professionell entwickelter Unterbringungsstrukturen sei die Mehrzahl der staatlichen und kommunalen Unterkünfte mit Asylbewerbern, Flüchtlin-

Forderung des Bayerischen Städtetags:

Schutzschirm für kommunale Daseinsvorsorge

Ob steigende Energiepreise, teure Lebensmittel oder höhere Mieten: Die Inflation trifft Deutschland mit Wucht. „Die enorm gestiegenen Kosten machen es den Städten schwer, ihre Aufgaben weiterhin zu erbringen“, unterstrich der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr, in München. Städte und Gemeinden seien mehrfach von Kostensteigerungen betroffen: als Versorger mit Strom, Gas, Wärme, Wasser sowie als Bezieher von Energie in Verwaltungsgebäuden und kommunalen Einrichtungen.

Zwar könnten sich die Kommunen beim Betrieb von Verwaltungen und kommunalen Einrichtungen gerade noch über

Wasser halten, allerdings fielen letztere bei weitem nicht zur Gänze unter die Unterstützungsmaßnahmen von Bund und Freistaat, bemerkte Pannermayr: „Strom- und Gaspreibremse helfen. Sie schützen aber nicht vor der Inflation.“

Härtefallregelungen

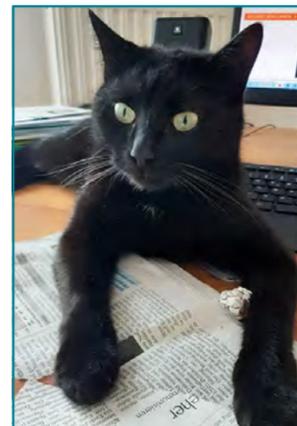
Deshalb hat der Freistaat die Freien Träger in die Härtefallregelungen miteinbezogen, ob- (Fortsetzung auf Seite 4)

Personal an der Belastungsgrenze

Im Vergleich zu den Jahren 2015/2016 seien in der aktuellen Situation die Rahmenbedingungen deutlich angespannter. Die Beschäftigten in den Kommunen seien nach mehr als zwei Jahren Corona-Pandemie erschöpft und teilweise an der Belastungsgrenze. Außerdem führe die Energie- und Wirtschaftskrise dazu, dass die finanziellen Mittel der Kommunen ohnehin eingeschränkt sind und für die Unterbringung geflüchteter Menschen weniger Mittel bereitstehen. „Insofern werden wir auch die Asylstandards in Deutschland hinterfragen müssen“, heißt es in dem Papier.

3,3 Millionen Schutzsuchende

Ende 2022 lebten einschließlich der Kriegsvertriebenen aus der Ukraine rund 3,3 Millionen Schutzsuchende in Deutschland, darunter über 300.000 abgelehnte Asylbewerber. Auch um die Solidarität zu erhalten, würden schnelle Entscheidungen (Fortsetzung auf Seite 4)



Tarifautonomie und das Streikrecht sind ein hohes Gut. Aber ausgerechnet am internationalen Frauentag den Frauen das Leben noch schwerer zu machen und für Gehaltswünsche mit Leuten gemeinsame Sache zu machen, die das Weltklima vorschützen, während man selbst die kleinen Leute in die Pfanne haut, die auf den ÖPNV angewiesen sind, hält der Rathauskater für bedenklich. Seite 11



Ministerpräsident Söder und Staatsministerin Scharf:

Starkes Ganztagsangebot dient allen Familien

Gemeinsam mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder besuchte Bayerns Familienministerin Ulrike Scharf in Germering eine Grundschule. „Mit den verschiedenen Angeboten in der Kinderbetreuung wird Bayern den unterschiedlichen Lebensentwürfen der Familien im Freistaat gerecht. Markenkern der bayerischen Familienpolitik ist dabei die Ganztagesbetreuung von Grundschulkindern. Die Grundschule in Germering ist ein Vorzeigeprojekt. Hier werden Kinder in der gebundenen Ganztageschule, dem integrativen Hort und der Mittagsbetreuung ganztags betreut“, so Scharf. Der Ministerpräsident betonte: „Jugend und Bildung haben für uns Top-Priorität. Wir wollen eine moderne und digitale Schule mit Empathie und Zeit für die Kinder. Bereits heute werden im Freistaat 260.000 Kinder im Grundschulalter auch nachmittags betreut. Für unser Ganztagsversprechen schaffen wir bis 2028 gemeinsam mit den Kommunen 130.000 neue Plätze. Großen Respekt und Dank allen engagierten Fachkräften.“

Ab dem Schuljahr 2026/2027 wird stufenweise ein Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung für Kinder im Grundschulalter eingeführt. Bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs unterstützt der Freistaat die Kommunen. Bereits seit August 2022 haben die Kommunen in Bayern Planungssicherheit: Sie können schon jetzt Unbedenklichkeitsbescheinigungen für die Sonderförderung aus dem künftigen Landesförderprogramm „Ganztagsausbau“ erhalten, um ihre Projekte voranzutreiben

Bild: stmas.bayern.de

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Termine GZ-Akademie	2
Habecks umstrittener Gesetzentwurf	2
Heimaufsicht-Regeln werden reformiert.	2
GZ-Kolumne Eva Weber: Dem Fachkräftemangel begegnen	3
Tourismusbilanz 2022: Gelungener Neustart	3
Hate-Speech-Bilanz 2022: Zunahme an Hass und Hetze	3
Kommunale Energiethemata	5-7
Kommunale Verkehrsthemen · ÖPNV	8
Kommunalfahrzeuge · GaLaBau.	9
Aus den bayerischen Kommunen.	10-12

Klimaschutz im Gebäudebereich:

Umstrittener Gesetzentwurf

Ab dem 1. Januar 2024 sollen neue Heizungen mit einem Anteil von 65 Prozent erneuerbare Energien betrieben werden. Das geht aus einem aktuellen Referentenentwurf der Bundesregierung zum Gebäudeenergiegesetz hervor. Der Einbau von Heizungsanlagen, die ausschließlich mit Erdgas- und Öl betrieben werden, soll demnach nicht mehr erlaubt sein. Die bayerische Staatsregierung kritisierte ein geplantes Verbot neuer Öl- und Gasheizungen durch die Bundesregierung als „Energiepolitik mit der Brechstange“.

Die Pläne von Wirtschaftsminister Robert Habeck benachteiligten und überforderten viele Menschen, vor allem im ländlichen Raum, erklärte Bayerns Staatskanzleichef Florian Herrmann und bezeichnete die Pläne als „ideologische Kopfgeburt. „Egal womit sich ein Grüner beschäftigt, es kommt am Ende immer ein Verbot heraus“, stellt Herrmann fest.

Erhebliche Belastungen

Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger kritisiert insbesondere, dass die Betriebsdauer von bestehenden Öl- und Gasheizungen auf 30 Jahre begrenzt werden soll. „Einmal mehr will die Bundesregierung die Bürger in diesem Land vor vollendete Tatsachen stellen. Ein erzwungener Heizungsaustausch bedeutet für tausende Immobilienbesitzer erhebliche finanzielle Belastungen. Es bleibt dabei vollkommen unklar, wie das Ganze auch für einkommensschwächere Bevölkerungsschichten bezahlbar bleiben soll. Zuerst werden die Ersparnisse vieler Haushalte aufgrund der hohen Inflationsrate aufgefressen. Und danach sollen dieselben Bürger sich neue Heizungen anschaffen. Diese Rechnung wird nicht aufgehen. Anstatt auf Anreize setzt der Bund wieder auf Zwangsmaßnahmen und Regulierung.“

Ungewollte Vollbremsung

Eine ungewollte Vollbremsung beim Klimaschutz für Bestandsgebäude befürchtet der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) und sieht dementsprechend erheblichen Verbesserungsbedarf im Gesetzentwurf. Laut VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing „spielt der Gebäudesektor beim Klimaschutz eine entscheidende Rolle. Um die ambitionierten Klimaschutzziele im Gebäudesektor sozialverträglich zu erreichen, müssen aus Sicht von Stadtwerken und kommunalen Energieversorgern machbare Wege gesucht und deshalb die

gesamte Breite der verfügbaren Technologien genutzt und lokale Gegebenheiten berücksichtigt werden.“

Die geplanten Regelungen für neue Heizungen gleichen indes einer ungewollten Vollbremsung, fuhr Liebing fort. Sie führten sowohl bei Gebäudeeigentümern als auch bei Energieversorgungsunternehmen zu enormen Unsicherheiten. „Denn die erlaubten Heizungstechnologien werden sich so, gerade im Bestand, nicht 1:1 und schon gar nicht sofort realisieren lassen.“

Steigende Kosten für Gebäudeeigentümer

Dagegen werde die effiziente Nutzung kommunaler Gasnetze, ein wichtiges Asset der Energie- und Wärmewende mit Millionen angeschlossenen Kunden, de facto von vornherein ausgeschlossen. „Die Konsequenz: Steigende Kosten für Gebäudeeigentümer und Zurückhaltung von klimapolitisch dringend erforderlichen Investitionen.“

Pläne, dass ab 2024 gasbasierte Heizungen nur noch eingebaut werden dürfen, wenn diese sofort mit Biomethan oder grünen Wasserstoff betrieben werden, ignoriert Liebing zufolge die Möglichkeit einer schritt-

Pflege- und Wohnqualitätsgesetz:

Heimaufsicht-Regeln werden reformiert

Um das Gesundheitssystem zu verbessern, will die Bayerische Staatsregierung bis zur Sommerpause die gesetzliche Grundlage für Pflege- und Behindertenheime im Freistaat modernisieren. Wie der Vorsitzende des Gesundheits- und Pflegeausschusses im Landtag, Bernhard Seidenath, im Anschluss an eine Sachverständigenanhörung zur geplanten Reform des bayerischen Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes mitteilte, solle innerhalb weniger Wochen ein Gesetzentwurf vorgelegt werden.

Aktuell sind die Fachstellen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen Qualitätsentwicklung und Aufsicht (FQA) bei den Landratsämtern und kreisfreien Städten für die Aufsicht über die Einrichtungen zuständig.

weisen und bedarfsgerechten Transformationsplanung kommunaler Gasnetze. Der aktuelle Gesetzentwurf laufe somit de facto auf ein Einbauverbot von gasbetriebenen Heizungen ab 2024 hinaus, da in Deutschland zu diesem Zeitpunkt nirgendwo grüner Wasserstoff oder Biomethan in ausreichenden Mengen aus dem Gasverteilnetz beim Endkunden ankommen werden. „Wenn die Option ‚grüne Gasheizung‘ ernst gemeint ist, dann muss es hier zwingend ausreichende Übergangsfristen für die Versorgung mit Wasserstoff und Biomethan geben“, machte der VKU-Hauptgeschäftsführer deutlich.

Additive Erfüllungsoptionen bleiben unberücksichtigt

Auch die im Gesetzentwurf angelegte Variante hybrider Heizungen aus Wärmepumpen und Wasserstoffthermen eröffnet aus seiner Sicht Lösungsräume und könnte bei flexibler Nutzung auch den immer wieder befürchteten fossilen Lock-In vermeiden. Leider sei der Gesetzentwurf auch hier viel zu eng und sehe zum Beispiel vor, dass Hybridheizungen nur in Kombination mit einem Wärmepumpenanteil betrieben werden dürfen.

Alternative Technologiekombinationen wie etwa Solarthermie und H2-ready-Gaskessel sowie additive Erfüllungsoptionen blieben unberücksichtigt, technologische Spielräume und je auf das Gebäude passgenaue Wärmeversorgungs-konzepte

würden eingeschränkt. Dies führe bei Gebäudeeigentümern zu steigenden Kosten.

Sollte der §71 des GEG-Entwurfs an diesen Stellen nicht nochmals in Richtung einer tatsächlichen Technologieoffenheit angepasst werden, „wird es in diesem Jahr zu massiven Lock-In-Effekten beim Einbau von Erdgasthermen kommen“, um diesen Verpflichtungen noch kurzfristig zu entgehen, mahnte Liebing. „Damit hätte der Gesetzgeber genau das Gegenteil dessen erreicht und für die nächsten 20 Jahre festgeschrieben, was er ursprünglich beabsichtigt hatte.“

Transformationsplan angemahnt

Die Vorgabe, dass Transformationspläne der Wärmenetzbetreiber bereits 2030 einen Anteil von mindestens 50 Prozent aus erneuerbaren Energien und Abwärme aufweisen, gehe über die Anforderungen der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) geförderten Transformationspläne hinaus und sei vor allem in großen Fernwärmenetzen nur schwer zu erreichen. Entscheidend sollte sein, dass ein Transformationsplan vorliegt, welcher die Klimaneutralität im Netz bis spätestens 2045 aufzeigt.

Der Hauptgeschäftsführer erinnerte daran, dass 2022 60 Prozent der abgesetzten Heizungen Gaskessel gewesen seien. Die nunmehr geplanten Regelungen seien aktuell weder im Markt umsetzbar noch sozialverträglich. „Aus VKU-Sicht wäre es besser, auf Basis der kommunalen Wärmeplanung örtlich optimale Transformationsstrategien zu entwickeln.“ DK

Langzeitpflege ist Benker zufolge enorm, weshalb man darauf achten müsse, auf diese Weise nicht noch mehr Pflegekräfte aus dem Beruf zu vertreiben.

„Die derzeitigen Regeln für die Heimaufsicht bringen nur mehr Papierkram, aber zu wenig Schutz der Menschen in der Pflege“, kritisierte Ruth Waldmann, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion und stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Pflege. Durch die Sachverständigenanhörung im Landtag sieht sich die SPD in ihrer Kritik bestätigt und erneuert daher ihre Forderungen für eine Reform: mehr Unabhängigkeit, bessere Kontrollen, ein konsequenteres Durchgreifen bei Missständen und eine verbesserte Kooperation aller zuständigen Stellen.

Zusammenarbeit der FQA

Aus Sicht von Jürgen Auer vom Lebenshilfe-Landesverband Bayern müssten die FQA zumindest bei Behinderteneinrichtungen landkreis- und städteübergreifend zusammenarbeiten, weil den Prüfern oftmals die Kompetenz hierfür fehle. Es sei nach wie vor richtig, dass die Kontrolle auf Landkreisebene stattfinde, da man näher am Geschehen sei, entgegnete Klaus Schultenberger vom Bayerischen Landkreistag, wies gleichzeitig aber auch auf den dramatischen Personalmangel hin. Für die FQA habe der Freistaat den Kommunen 71 Vollzeitstellen versprochen, jedoch verzeichne man bislang nur 31.

Misstrauenskultur

Nach Auffassung von Wilfried Mück vom Caritas-Landesverband und Siegfried Benker von der Münchenstift GmbH, die in der Landeshauptstadt 13 Heime betreibt, sei es unmöglich, Qualität in die Einrichtungen hinein-zuprüfen. Die Misstrauenskultur gegenüber der stationären

GZ

Akademie

GZ

Unser Online-Seminar-Angebot wird stetig ausgebaut. Unsere nächsten Termine stehen fest. Buchen Sie Ihr Ticket und seien Sie online live dabei!

Rechtssicheres Gemeinde- oder Stadtblatt

14. März 2023, 14:00 - 16:00 Uhr

Gemeindeblätter sind nach dem Urteil zum Stadtblatt in Crailsheim inhaltlich und im Layout eingeschränkt. Vieles darf nicht mehr mitgeteilt werden - vieles, was gerade das Zwischenmenschliche in einer Kommune ausmacht. Das hat seine Berechtigung. Aber was bleibt dann noch für die Gemeindeblätter übrig? Wie realisiert man ein attraktives Blatt mit eingeschränkten Inhalten? Der Vortrag zeigt Wege für ein qualitativvolles Blatt, das nicht in Konkurrenz zur freien Presse tritt.

ReferentIn: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Rentabler Umbau von Kläranlagen – Ein Best-Practise-Beispiel

15. März 2023, 10:00 - 11:30 Uhr

Kläranlagen sind die großen Energiefresser in den Kommunen. Das kostet zunehmend mehr Geld und verursacht beachtlichen Co2-Ausstoß. Sowohl die finanzielle Seite als auch der Umweltschutzgedanke sind gute Gründe, sich mit einem möglichen Umbau der Kläranlagen zu beschäftigen. Die Stadt Bad Kissingen hat eine Lösung gefunden, die zwar zunächst einige Investitionen nötig macht, dafür aber auf lange Zeit gesehen Planungssicherheit, Kostensicherheit und eine vollständige Dekarbonisierung ermöglicht.

Referent: Thomas Hornung ist der Leiter des Tiefbaureferats der Stadt und hat diese raffinierte Lösung gefunden. Er stellt in seinem Vortrag vor, wie sein rentables Energiewende-Projekt realisiert werden kann. Gerne beantwortet er im Anschluss Fragen aus dem Zuhörer-Kreis.

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: kostenlos

Große Projekte kommunizieren

Neuer Termin: 28. März 2023, 14:00 - 16:30 Uhr

Es gibt Projekte, die eine Menge Geld kosten, die der Bürger aber gar nicht wirklich wahrnimmt. Der Tiefbau kann ein Lied davon singen. Wenn hier gearbeitet wird, dann erkennt der Bürger das am besten daran, dass seine Mobilität in irgendeiner Form gehemmt wird. Außerdem kostet das Ganze hohe Summen, die aus Sicht der Bürger „versickern“. Die wenigsten wissen, was eine funktionierende Infrastruktur wert ist. Also sollte man solche Projekte besonders gut kommunizieren. Der Vortrag gibt Hinweise, wie das gelingt und zeigt auch ein paar Beispiele zu diesem Thema.

ReferentIn: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Social Media für Kommunen

9. Mai 2023, 14:00 - 16:30 Uhr

Über die Nutzung von Sozialen Netzwerken wird viel diskutiert. Was ist für Bürgermeister*innen sinnvoll zu nutzen? Wovon hängt es ab, wie Informationen in die Öffentlichkeit getragen werden? Und wie sollen Politiker und Verwaltungen agieren? Der Vortrag öffnet Gedanken und Wege der Social Media-Nutzung und der sinnvollen Alternativen. Diskutieren Sie mit!

ReferentIn: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: 145,- € zzgl. MwSt.

Bildrechte und DSGVO

Teil 1: 13. Juni 2023, 14:00 - 16:30 Uhr

Teil 2: 11. Juli 2023, 14:00 - 16:30 Uhr

Die Menschen lieben Bilder. Bilder können besser verstanden werden als Texte. Deshalb können weder Politik noch Verwaltung auf Bilder verzichten. Doch was muss man wissen, um nicht in die Fallen der Betrüger und die Mühlen der Justiz zu geraten. Das Ganze ist nicht so einfach, wie man glaubt – aber auch nicht so schwierig, wie befürchtet. Aber es braucht Zeit, um Sicherheit zu gewinnen. Deshalb wird dieser Vortrag zweigeteilt. Ihre Fragen dazu sind herzlich willkommen.

ReferentIn: Gisela Goblirsch, PR-Competence

Anmeldung: www.bayerisches-infrastrukturforum.de

Teilnahmegebühr: 290,- € zzgl. MwSt.

Fast 3,5 Mrd. Euro für unsere Familien

Scharf: „Bayerisches Familiengeld ist einmaliges Erfolgsmodell“

Seit Einführung des Familiengeldes 2018 wurden fast 3,5 Milliarden Euro an Bayerns Familien ausbezahlt. Familienministerin Ulrike Scharf freut sich über diesen Erfolg: „Damit unterstützen wir Bayerns Familien ganz einfach und unkompliziert. Über 800.000 Kinder und Familien haben mittlerweile unbürokratisch und direkt auf ihr Konto bis zu 7.200 Euro erhalten. Bayern bekennt sich kraftvoll zu seinen Familien! Wir sind Familienland und gemeinsam stark!“

Das Familiengeld wird für alle ein- und zweijährigen Kinder in Bayern gezahlt. Die Eltern erhalten 250 Euro pro Monat und Kind, ab dem dritten Kind 300 Euro monatlich. Das Familiengeld ist unabhängig von Einkommen, Erwerbstätigkeit und Art der Kinderbetreuung und ermöglicht Eltern größtmögliche Wahlfreiheit. Wer in Bayern bereits Elterngeld beantragt und erhalten hat, muss keinen gesonderten Antrag stellen. Der Elterngeldantrag gilt zugleich auch als Antrag auf Familiengeld. □

nau hinzuschauen und zu unterscheiden, ob es um Pflege im Bereich Altenhilfe oder um Eingliederungshilfe vom Menschen mit einer Behinderung geht. Denn Menschen mit Behinderung und ältere Menschen mit Pflegebedarf haben sehr unterschiedliche Bedürfnisse und müssen demgemäß auch rechtlich unterschiedlich betrachtet werden. Das gilt vor allem auch im Hinblick auf das Thema Wohnen“, stellte Doris Rauscher, Vorsitzende des Sozialausschusses, fest.

Lebensqualität und Selbstbestimmung

Die Expertinnen und Experten hätten sehr deutlich gemacht, dass in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen der Schwerpunkt der Überprüfung auf die Lebensqualität, die Teilhabemöglichkeiten und die Selbstbestimmung der dort lebenden Menschen gelegt werden muss. Pflege spiele in diesen Wohnformen zwar auch eine wichtige Rolle, im Vordergrund stünden jedoch die Teilhabeziele von Menschen mit Behinderungen. Diese müssten handlungsleitend sein. DK

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Kugler
85244 Röhrmoos
am 17.3.

Bürgermeister Alexander Fritz
90614 Ammerndorf
am 19.3.

Bürgermeister Walter Bleimaier
82266 Inning a. Ammersee
am 21.3.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Rosalinde Schraud
97230 Estenfeld
am 15.3.

Bürgermeister Axel Herrmann
95485 Warmensteinach
am 16.3.

Bürgermeister
Willibald Galleitner
94166 Stubenberg
am 17.3.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ludwig Ettl
94350 Falkenfels
am 11.3.

Bürgermeister Jens Frankhänel
91233 Neunkirchen am Sand
am 19.3.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Moser
94526 Metten
am 13.3.

Bürgermeister Thomas Schuster
94366 Perasdorf
am 17.3.

Bürgermeister Ralph Edelhäuser
91154 Roth
am 22.3.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Christian von Dobschütz
91456 Diespeck
am 18.3.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Robert Bauer
94571 Schaufling
am 22.3.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Simon Haas
94354 Haselbach
am 11.3.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bayerische Tourismusbilanz 2022:

Gelungener Neustart

Positives Fazit für Bayerns Tourismus im Jahr 2022: Wie das Bayerische Landesamt für Statistik für die zum Jahresende rund 10.900 geöffneten Beherbergungsbetriebe Bayerns mitteilt, liegen die 34,2 Millionen Gästeankünfte mit 75,0 Prozent deutlich über den Werten des Vorjahres. Auch die knapp 92,3 Millionen Übernachtungen übertreffen den Vorjahreswert um 51,3 Prozent merklich. Für eine Steigerung gegenüber dem Jahr 2019, dem letzten Jahr vor Beginn der Corona-Pandemie, reicht es – mit Ausnahme der Campingplätze sowie der Ferienzentren, -häuser und -wohnungen – dennoch nicht.

Als „gelungen“ bezeichnete Bayerns Wirtschafts- und Tourismusminister Hubert Aiwanger den Neustart im Tourismus 2022. Hoteliers, Wirte, Liftbetreiber, Campingplatzbetreiber und Vermieter hätten sich trotz hoher Energiepreise und Inflation nicht unterkriegen lassen. „Bayern ist und bleibt eine internationale starke Ganzjahres-Destination mit hervorragenden Betrieben. Damit das so bleibt, brauchen wir mehr Respekt für die Menschen, die jeden Tag für das Wohl von einheimischen und ausländischen Gästen sorgen. Ideologische Verbotsdebatten wie zum Skitourismus schaden uns hingegen nur selbst.“

Mehr als 92 Millionen Übernachtungen

Das Jahr 2022 verzeichnete über 92 Millionen Übernachtungen, 2021 waren es knapp 61 Millionen. Insgesamt wurde das Vor-Krisen-Niveau noch nicht vollständig erreicht. Trotz der starken Sommersaison lag das vergangene Jahr noch rund 9 Prozent unter dem Niveau von 2019. Ein besseres Abschneiden haben die corona-bedingten Einschränkungen zu Jahresanfang verhindert.

Eine Ausnahme bilden hierbei die Campingplätze sowie die Ferienzentren, -häuser und -wohnungen: Diese konnten ihre bereits während der Corona-Pandemie gewonnene größere Beliebtheit auch im Jahr 2022 weiter ausbauen. Gegenüber dem Vor-Corona-Jahr 2019

verzeichnen die Campingplätze ein zweistelliges Plus von 15,8 Prozent bei den Gästeankünften und von 19,2 Prozent bei den Übernachtungen. Bei den Ferienzentren, -häusern und -wohnungen werden die Gästeankünfte von 2019 um 3,1 Prozent und die Übernachtungen von 2019 um 5,6 Prozent übertroffen.

Im Vorjahresvergleich können sich 2022 alle Betriebsarten über höhere Gäste- und Übernachtungszahlen freuen, bei den Jugendherbergen und Hütten und bei den Erholungs-, Ferien- und Schulungsheimen fällt die Steigerung gegenüber dem Jahr 2021 am stärksten aus. Auch die Hotels haben sich 2022 spürbar erholt und gehören mit einem Zuwachs bei den Ankünften von rund 86 Prozent zu den größten Gewinnern der Branche. Aiwanger zufolge liegen 13 von 36 bayerischen Tourismusregionen schon wieder auf 95 Prozent des Vor-Krisen-Niveaus, das Fränkische Seenland und der Pfaffenwinkel haben es bereits überschritten.

Plus bei ausländischen Gästen

Ebenfalls wieder deutlich angezogen hat 2022 die Zahl der ausländischen Gäste. Während in diesem so genannten Incoming-Tourismus der asiatische Markt weiter schwächelt, haben sich andere Regionen signifikant erholt. Aiwanger: „Das Geschäft mit ausländischen Gästen wächst rund drei Mal so schnell wie beim Inlandstourismus. Die Übernachtungen haben schon

wieder rund 80 Prozent des Levels von 2019 erreicht. Einige europäische Quellmärkte liegen wieder über dem Stand von 2019, etwa Polen, Portugal oder Kroatien. Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus den USA hat sich gegenüber 2021 mehr als vervierfacht. Ich gehe davon aus, dass wir 2024 auch im Incoming-Tourismus wieder auf Vor-Corona-Niveau liegen.“

Jenseits der Millionenmarke

Während in den vergangenen zwei Jahren lediglich für vier Gemeinden Übernachtungszahlen jenseits der Millionenmarke veröffentlicht werden konnten (2020 und 2021 waren dies München, Nürnberg, Bad Füssing (3,1 Millionen), Bad Füssing (1,8 Millionen) und Oberstdorf (1,8 Millionen), waren dies nun zudem Füssen (1,2 Millionen), Bad Kissingen (1,2 Millionen), Garmisch-Partenkirchen (1,2 Millionen) und Regensburg (1,1 Millionen).

Größte Steigerung in Oberbayern

Im Jahr 2022 liegen alle sieben Regierungsbezirke über den im Vorjahr veröffentlichten Werten für die Gästeankünfte und Übernachtungen. Die größte Zunahme bei den Gästeankünften erreicht dabei Oberbayern (+90,6 Prozent; 15,8 Millionen Gästeankünfte). Die vergleichsweise geringste Steigerung entfällt auf Unterfranken (+54,9 Prozent; 2,6 Millionen Gästeankünfte). Bei den Übernachtungen erzielt Mittelfranken mit +67,6 Prozent die größte Steigerung auf gut 8,3 Millionen. Schlusslicht ist auch hier wieder Unterfranken mit rund 6,6 Millionen Übernachtungen im Jahr 2022 und somit einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr von lediglich 37,2 Prozent. DK

Hate-Speech-Bilanz 2022:

Zunahme an Hass und Hetze

„Hass und Hetze halten sich im Internet auf erschreckend hohem Niveau und sind gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen“, teilte Justizminister Georg Eisenreich mit. Gemeinsam mit dem Münchner Generalstaatsanwalt Reinhard Röttle und der Hate-Speech-Beauftragten der bayerischen Justiz, Staatsanwältin Teresa Ott, stellte der Minister die Hate-Speech-Bilanz für das Jahr 2022 vor.

„Unsere Hate-Speech-Spezialisten haben im Jahr 2022 insgesamt 2.435 Verfahren neu eingeleitet. Im Jahr 2021 waren es 2.317, vor drei Jahren 1.648 Verfahren“, führte Eisenreich aus. Anklage erhoben wurde in 488 Verfahren, im Vorjahr waren es 450 Verfahren. In 324 Verfahren erging eine Verurteilung oder Strafbefehl, davon sind 260 Verfahren bereits rechtskräftig abgeschlossen.

Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus an der Spitze

Von den 2.435 Verfahren waren 401 fremdenfeindlich (im Vorjahr 347), 387 antisemitisch (218), 64 behindertenfeindlich (25) und 44 christen- oder islamfeindlich (52) motiviert. In 38 Verfahren wurden die Opfer wegen ihrer sexuellen Orientierung oder sexuellen Identität angegriffen, im Vorjahr 86. In 214 Verfahren waren die Geschädigten weiblich, im Vorjahr waren es 280. In vielen Verfahren kann die Motivation aber nicht eindeutig festgestellt werden. Eisenreich zufolge ist die Zahl der Verfahren mit antisemitisch motivierter Hate Speech um 78 % von 218 im Jahr 2021 auf 387 im Jahr 2022 gestiegen und hat ein erschreckendes Ausmaß erreicht. Corona sei

hier die Triebfeder gewesen.

Die bisherige Höchststrafe in Bayern bekam ein Ersttäter, der im Netz unter falschem Namen gegen Politiker und Flüchtlinge hetzte. Er wurde zu einer Strafe von einem Jahr und acht Monaten auf Bewährung verurteilt. Laut Eisenreich „endet die Meinungsfreiheit dort, wo das Strafrecht beginnt. Selbst bei Ersttätern ist eine Freiheitsstrafe möglich. Außerdem drohen empfindliche Geldstrafen – bei Volksverhetzung beispielsweise mindestens drei Monatsgehälter plus Eintrag ins Führungszeugnis.“

Online-Meldeverfahren

Um Hate Speech effektiv zu bekämpfen, hat das bayerische Justizministerium spezielle Online-Meldeverfahren für Online-Straftaten mit verschiedenen Kooperationspartnern eingerichtet. So können Kommunalpolitiker sowie Abgeordnete des Landtags, des Bundestags und des Europaparlaments seit September 2020 in einem Online-Meldeverfahren schnell und einfach Anzeigen und Prüfbitten an die Generalstaatsanwaltschaft München übermitteln.

Insgesamt haben bislang 171 Amts- und Mandatsträger einen Zugang zum Verfahren er-

halten. Nach Angaben des Ministers gingen bis zum 7. Februar dieses Jahres 181 Prüfbitten ein. In 152 Fällen wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und in 39 Fällen das Verfahren mit einer Anklage oder einem Strafbefehlsantrag abgeschlossen. In 27 Fällen gab es Verurteilungen zu Geldstrafen von bis zu 150 Tagessätzen und in einem Fall zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten auf Bewährung.

Kooperation mit Baden-Württemberg

Darüber hinaus hat die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Bayern zum Schutz der Juden in Bayern 2021 ein Online-Meldeverfahren für Opfer jüdenfeindlicher Straftaten eingerichtet. Mit der Münchner Fachstelle „Strong!“ kooperiert die Justiz seit Oktober vergangenen Jahres. Auch hat das Justizministerium im Juli 2022 gemeinsam mit dem bayerischen Innen- und Sozialministerium sowie dem Sozialministerium Baden-Württemberg in einer Kooperation mit der baden-württembergischen Meldestelle „Respect!“ eine Anlaufstelle für alle Bürgerinnen und Bürger geschaffen. Last but not least wurde mit der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien – konsequent gegen Hass“ ins Leben gerufen. Das Motto: „Erst anzeigen, dann löschen.“ Bereits 116 Medienunternehmen unterstützen die Initiative aktuell, 81 nehmen aktiv teil. DK

GZ

KOLUMNE
Eva Weber

Liebe Leserinnen und Leser,

haben Sie in letzter Zeit schon einmal versucht, kurzfristig einen Handwerker zu engagieren? Sehr oft ist das ein aussichtsloses Verlangen, verfügbare Zeitfenster erst in weiter Zukunft möglich. Wenn man fragt, an was es liegt, lautet die Antwort in der Regel: Fachkräftemangel.

Als Chefin einer großen Kommunalverwaltung muss ich aber gar nicht bei anderen über den Gartenzaun schauen. Ein Blick in unseren Stellenbesetzungsplan reicht aus um zu sehen, dass rund 12 Prozent unserer Stellen unbesetzt sind. Klar, in einer Verwaltung mit 6.800 Köpfen wird es immer eine gewisse Fluktuation und damit einhergehend freie Stellen geben. Aber viele Positionen bekommen

Dem Fachkräftemangel begegnen

wir seit vielen Monaten nicht besetzt. Das fängt in der Bauverwaltung an und hört bei unseren Kindertagesstätten auf. So manche Kindergartengruppe harret der Eröffnung, weil das Personal zur Betreuung fehlt.

Insbesondere der Fachkräftemangel im Sozialbereich steht seit einiger Zeit im Fokus: Ganztagsbetreuung, Ukraine-Krieg, Corona-Pandemie. Der Bedarf an guter Bildung und an bedarfsorientierter Betreuung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen ist in den vergangenen Jahren enorm gestiegen. Damit stehen wir als Kommune nicht alleine da. Viele freie Träger sehen diesen Bedarf genauso, leiden unter dem gleichen Mangel und sehen sich immer weniger in der Lage, ihre Aufgaben ordnungsgemäß zu erfüllen. Dabei können wir beim Lehrenden- und Lehrermangel starten, gehen über das fehlende Personal bei Kinderbetreuungseinrichtungen und enden bei den Häusern der



© Stadt Augsburg/Martin Augsburg

Jugendhilfe. Überall fehlt das Fachpersonal.

In Augsburg haben wir deswegen ein Bündnis zwischen der Stadt und den freien Trägern geschlossen. Auf meine Initiative hin haben wir gemeinsam eine Resolution verabschiedet, die ein umfassendes Maßnahmenpaket formuliert und von über 50 Einrichtungen mitgetragen wird (www.augsburg.de/resolution). Klar ist, dass wir als Stadt Augsburg uns nie aus der Verantwortung verabschieden werden, weswegen wir diverse Anstrengungen

unternehmen, um Personal zu finden, auszubilden und zu halten. Aber so manche notwendige Handlung kann nur im engen Schulterschluss mit Freistaat und Bund erfolgen, wie beispielsweise die unkompliziertere Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen oder die Ausweitung von Studienplätzen für soziale Arbeit.

Und noch ein Punkt spielt eine wichtige Rolle: Die Festlegung von Standards. Deutschland ist Weltmeister im höher, weiter, besser. Doch mit dem bereits vorliegenden Fachkräftemangel in allen sozialen Bereichen – über die Pflege haben wir an dieser Stelle noch gar nicht gesprochen – ist es schon heute nicht mehr leistbar, diese Standards auch zu erfüllen. Wenn der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek also darüber nachdenkt, im Pflegebereich eine Entbürokratisierungsoffensive zu starten, dann rufe ich dringend dazu auf, auch in den übrigen sozialen Bereichen genau solche Überlegungen anzustellen und so manche vermeintliche Errungenschaft auf den Prüfstand zu stellen. Spannend ist in diesem Zusammenhang nämlich, dass bei Anhörungen die großen Verbände sich mit weiteren Standarderhöhungen durchsetzen, während die, die die Arbeit vor Ort machen, die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Vielleicht ist es ja möglich, regelmäßig die Praktikerinnen und Praktiker vor Ort anzuhören. Zu den Praktikerinnen und Praktikern vor Ort gehört übrigens auch die kommunale Ebene.

Ihre Eva Weber

stv. Landesvorsitzende der KPV Bayern
Oberbürgermeisterin der Stadt Augsburg

DKG-Gutachten zur Krankenhaus-Reform:

Holetschek fordert Konsequenzen

Bayerns Gesundheitsminister: Dieses Alarmsignal muss zu deutlichen Korrekturen am Konzept der Bundesregierung führen

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek fordert von der Bundesregierung Konsequenzen aus dem von der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) in Auftrag gegebenen Gutachten zu den Folgen der geplanten Krankenhaus-Reform. Holetschek betonte in München: „Das DKG-Gutachten übertrifft meine Befürchtungen noch. Die Bundesregierung darf dieses Alarmsignal nicht ignorieren, sondern muss jetzt rasch die Länder und Klinikvertreter zu einem Krankenhaus-Gipfel einladen! Bayern ist weiter bereit, gemeinsam ein geeignetes Konzept zu erarbeiten.“

Holetschek fügte hinzu: „Bundesgesundheitsminister Lauterbach hat bei der Ankündigung der Krankenhaus-Reform im Dezember wörtlich versprochen: ‚Patientinnen und Patienten sollen sich darauf verlassen können, dass sie überall, auch in ländlichen Regionen, schnell und gut versorgt werden sowie medizinische und nicht ökonomische Gründe ihre Behandlung bestimmen.‘ Aber jetzt haben wir es wie im bayerischen Gutachten zum zweiten Mal schwarz auf weiß, dass dieses Versprechen mit dem derzeitigen Konzept gebrochen wird. Im Praxischeck versagt die Reform!“

Von den Bedürfnissen der Menschen her denken

Holetschek unterstrich: „Man muss die Krankenhaus-Reform von den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen her denken – und nicht vom grünen Behörden-Tisch aus. In Bayern müsste nach der DKG-Analyse mehr als die Hälfte aller Geburtshilfestationen schließen. Über 40 Prozent der schwangeren Frauen müssten daher zur Entbindung künftig andere Kliniken aufsuchen. Soweit darf es nicht kommen! Eine sichere und wohnortnahe Geburt muss im Freistaat möglich bleiben.“

Der Minister betonte: „Auch

die Neurologie wäre von massiven Einschnitten betroffen: Von 41 Standorten verblieben laut der Expertenanalyse nur 30. Damit müsste sich jeder vierte der neurologischen Patientinnen und Patienten in einer anderen Klinik behandeln lassen. Besonders heftig träfe es die interventionelle Kardiologie, also die Versorgung bei Herzerkrankungen: Nur 41 von 106 Standorten blieben nach der Erhebung der DKG übrig. Niemand kann mir erzählen, dass es eine Verbesserung ist, wenn nur noch etwas mehr als ein Drittel der Kliniken für diese Behandlungen übrigbleibt.“

Dramatische Ergebnisse

Holetschek fügte hinzu: „Die tiefgreifende Analyse der DKG kommt zu dramatischen Ergebnissen! Schon das bayerische Gutachten hatte in der vergangenen Woche aufgezeigt, dass mit einer Eins-zu-Eins-Umsetzung des Reformvorschlages der Regierungskommission drastische Einschnitte in der bayerischen Krankenhauslandschaft drohen würden. Nun wird deutlich: Im Freistaat könnten nach den von der DKG heute vorgelegten Ergebnissen fast doppelt so viele Krankenhäuser zu ambulanten-stationären Grundversorgern (Level I) herabgestuft werden als nach der von

mir in Auftrag gegebenen Analyse. Gleichzeitig gehen die DKG-Gutachter von noch einmal mehr sogenannten Level-I-n-Häusern in Bayern aus, die künftig nur noch eine akutstationäre Basisversorgung, aber keine spezialisierteren Leistungen wie Schlaganfallversorgung oder Geburtshilfe mehr anbieten dürften.“

Notfallversorgung und stationäre Versorgung nicht mehr gewährleistet

Der Minister ergänzte: „Das DKG-Gutachten kommt zu dem Schluss, dass bei unveränderter Umsetzung des Vorschlags der Regierungskommission über 90 der rund 300 somatischen Krankenhäuser in Bayern durch die Reformpläne auf das sogenannte Level I herabgestuft würden. Das bedeutet, sie könnten künftig nur noch eine ambulante-stationäre Basisversorgung anbieten, zum Beispiel bei Diabetes- oder Kreislaufproblemen. An diesen Häusern könnten keine Notfallversorgung und keine reguläre stationäre Versorgung mehr stattfinden. Das DKG-Gutachten kommt damit zum Ergebnis, dass fast jedes dritte somatische Krankenhaus kein vollwertiges Krankenhaus mehr wäre. Das ist ein atemberaubend schlechtes Zeugnis für die Reformvorschläge und zeigt, wie dringend hier Überarbeitungen notwendig sind.“

Holetschek bekräftigte: „Es steht außer Frage, dass wir eine Krankenhaus-Reform brauchen – da sind wir uns alle einig. An den Vorschlägen der Re-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Ruf nach Masterplan ...

(Fortsetzung von Seite 1)

gen im Asylverfahren und dann im Falle einer Ablehnung eine gezielte Rückführungsoffensive, wie sie auch im Koalitionsvertrag angelegt ist, benötigt, betont DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg.

Schnelle Verfahren und Rückführungen wirkten auch der oftmals kritisierten Tatsache entgegen, dass gut integrierte Personen, die Arbeit gefunden haben, abgeschoben werden sollen. In diesem Zusammenhang sei das Chancen-Aufenthaltsrecht kritisch zu betrachten. Bereits jetzt biete das Aufenthaltsgesetz vielfältige Möglichkeiten für den Wechsel aus einem erfolglosen Asylverfahren in einen legalen Aufenthalt. Bei der Langzeitduldung handle es sich häufig um Personen, die kein starkes Interesse gezeigt haben, ihre gesetzlichen Mitwirkungspflichten zu erfüllen oder kaum ernstgemeinte Bestrebungen unternommen haben, sich in Gesellschaft und Arbeitsmarkt zu integrieren. „Die Bleiberechtsregelung darf nicht als Anreiz wirken, einen Asylantrag zu stellen, der von vornherein keine Aussicht auf Anerkennung hat. Eine Vermischung von Asylrecht und dem Recht der Fachkräfteeinwanderung sollte vermieden werden“, fordert Landsberg.

Deutlich mehr Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen

Für eine Neuausrichtung in der Migrationspolitik hält es der DStGB überdies für erforderlich, deutlich mehr Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder zu schaffen. Auch müsse der Bund in seinen Liegenschaften für Unterbringungsmöglichkeiten sorgen.

Mit Blick auf die in Deutschland lebenden Kriegsvertriebenen aus der Ukraine fordert der Kommunalverband mehr Unterstützung von Bund und Ländern bei der Integration. Die überwiegende Mehrheit der erwachsenen Geflüchteten sind Frauen (80 Prozent), 48 Prozent mit minderjährigen Kindern. Nach einer aktuellen Umfrage wollen rund 40 Prozent länger oder dauerhaft in Deutschland bleiben. Umso wichtiger sei es, ihnen durch ausreichende Deutschkurse und die Anerkennung der Berufsabschlüsse den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt zu ermöglichen, zumal viele von ihnen ein hohes Bildungsniveau aufwiesen. Immerhin verfügten 72 Prozent über einen Hochschulabschluss.

Über 200.000 ukrainische Schüler besuchen aktuell die allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen – Tendenz steigend. Zunehmend werden diese in Regelklassen unterrichtet, was besondere Anforderungen an die Lehrkräfte stellt. Die zusätzlichen Schüler treffen auf einen Lehrermangel. „Von daher wäre es wichtig, die berufliche Anerkennung von Lehrkräften unter den Kriegsvertriebenen aus der Ukraine zu beschleunigen“, lautet ein weiterer Appell.

Bessere Möglichkeiten der Arbeitsmarktintegration

„Es scheint wesentlich bessere Möglichkeiten der Arbeitsmarktintegration als bei den Flüchtlingen aus den Jahren 2015/2016 zu geben“, heißt es im Positionspapier. Nur etwa ein Drittel der rund 800.000 Syrer und Afghanen im erwerbsfähigen Alter gehe einer steuerpflichtigen Beschäftigung nach. Mit Blick auf die Ukrainer sei es wichtig, ausreichend Sprachkurse anzubieten und die Anerkennung der Berufsabschlüsse zu beschleunigen. Der Bund sei aufgerufen, die Sprachkurse

auszuweiten. Gleichzeitig müsse das BAMF den bürokratischen Aufwand für die Kursträger reduzieren und die Qualifikationsanforderungen an die Dozenten flexibler handhaben. Für die Kitabetreuer würden darüber hinaus weitere u.a. bundesfinanzierte Brückenangebote benötigt. Vor diesem Hintergrund erachtet der DStGB die Einstellung des bundesfinanzierten Programms der Sprachkita als „vollkommen inakzeptabel“.

Nach Landsbergs Auffassung werde der Masterplan nur erfolgreich sein, wenn eine dauerhafte und nachhaltige Finanzierung gesichert wird. „Bisher gibt es Finanzzusagen des Bundes nur bis zum Jahr 2023, nämlich 1,5 Milliarden Euro für die Ukraine-Vertriebenen und 1,25 Milliarden Euro für Asylbewerber. Das ist zwar anzuerkennen, reicht aber nicht aus, um insbesondere die großen Vorhaltekosten der Kommunen, zum Beispiel im Bereich Kita und Schule, abzudecken. Gleichzeitig brauchen wir klare Finanzzusagen von Bund und Ländern, insbesondere für das Jahr 2024, da die Planungen und deren Umsetzung in den Städten und Gemeinden jetzt laufen.“

Gerechtere Verteilung

Ein wichtiger Baustein eines Masterplans müsse auch eine bessere und gerechtere Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU sein, kommentiert Landsberg. „Das ist zwar immer wieder angekündigt worden, aber bislang nicht umgesetzt.“

Die Kommunen benötigten bei der Aufnahme von Flüchtlingen eine „Atempause“. Eine ungesteuerte Sekundärmigration von Flüchtlingen aus der Ukraine, die bereits in anderen Ländern der EU Schutz erhalten haben, gelte es zu unterbinden. Die Bundesregierung müsse sich hier für eine zielgenauere Verteilung einsetzen. Zudem sei illegales Grenzübertritten in die EU zu beugehen. Dort sollte dies „auf der Basis des unter der deutschen Ratspräsidentschaft vorangetriebenen EU-Asyl- und Migrationspakts der EU-Kommission geschehen. Dies betrifft vor allem die erhoffte Grundsatzeinigung der EU-Staaten auf ein neues Dublin-Verfahren mit individuellen Beiträgen für die Aufnahme und Verteilung von Geflüchteten in der EU.“

„Die Blockadehaltung, die mittlerweile von einer Vielzahl von EU-Staaten ausgeht, muss zwingend aufgegeben werden“, fordert der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Dabei müs-

Holetschek fordert ...

(Fortsetzung von Seite 3)

se sichergestellt werden, dass nicht einige wenige Staaten die Hauptlast tragen. „Der Bund muss das aktuelle und zu erwartende Ankunfts-geschehen von Flüchtlingen mit den Kommunen teilen und alle föderalen Ebenen frühzeitig über Fluchtbewegungen informieren“, macht Landsberg abschließend deutlich. „Wir brauchen ein Frühwarnsystem des Bundes zur Vorbereitung auf kommunaler Ebene. Bei der Zuweisung von Asylbewerbern muss auch die Zahl der aufgenommenen Ukraineflüchtlinge berücksichtigt werden.“ DK

se freien Lauf zu lassen. An dem notwendigen Krankenhaus-Gipfel mit den Ländern und Klinikvertretern sollte auch Bundesfinanzminister Christian Lindner teilnehmen. Und Lauterbach sollte sich bei seinem Kollegen endlich vehement für den Strukturfonds über 100 Milliarden Euro einsetzen, der sogar ein Kommissionsmitglied, Professor Christian Karagiannidis, vorgeschlagen hat. Wo bleiben die Mittel für den Transformationsprozess? Ohne Geld geht es nicht! Genauso wenig übrigens wie mit Zeit. Bei diesem viel zu überhasteten Zeitplan kann die Reform doch nur schiefgehen!

Die Bedürfnisse des Krankenhauses-Personals kommen Holetschek in den Reformbestrebungen zu kurz. Die Arbeitsbedingungen müssten massiv verbessert werden. Der Pflege-Beruf müsse attraktiver werden. Die Reform nütze nichts, wenn niemand mehr im Krankenhaus arbeiten möchte. □

Deutscher Landkreistag:

Steigender Belastung der Pflegebedürftigen entgegenwirken

Der Reformdruck in der gesetzlichen Pflegeversicherung nimmt nach Einschätzung des Deutschen Landkreistages weiter zu. Präsident Landrat Reinhard Sager sagte aus Anlass der Vorstellung einer DAK-Studie zum Thema: „Es ist höchste Zeit, die Pflegeversicherung leistungsfähiger zu machen. Das nicht nur im Interesse der Pflegebedürftigen, der Angehörigen und der Landkreise als Sozialhilfeträger, sondern im Interesse eines zukunftsfähigen Gesamtsystems, das in schon wenigen Jahren eine noch größere Rolle spielen wird als heute. Wir hoffen, dass die im Auftrag der DAK erstellte pflegewissenschaftliche Untersuchung im Bundesgesundheitsministerium und im Deutschen Bundestag auf offene Ohren stößt. Wir brauchen dringend eine neue Pflegereform.“

„Die Pflegeversicherung ist heute schon stark gefordert, aber sie wird es künftig noch viel mehr sein“, sagte er. Durch die massiv gestiegenen Kosten in der stationären Pflege würde die Belastung der Pflegebedürftigen trotz der jüngsten Reformschritte bereits in diesem Jahr ein neues Rekordniveau erreichen. Dies würden die neuen Berechnungen des Pflegewissenschaftlers Prof. Dr. Heinz Rothgang im Auftrag der DAK zeigen. Der Anteil der Pflegeheimbewohner, die Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssten, werde bis 2026 voraussichtlich 36 Prozent betragen. Ohne die bereits eingeleiteten Maßnahmen wären das sogar über 46 Prozent.

„Das zeigt, dass der nach der Dauer des Heimaufenthalts gestaffelte Leistungszuschlag der Pflegekassen in die richtige Richtung geht. Er ist allerdings zu niedrig und kann höchstens als ein erster Schritt gesehen werden. Weitere Reformschritte müssen folgen.“ Generell müssten höhere Löhne und ein besserer Personalschlüssel in Pflegeheimen vollständig von der Pflegeversicherung getragen werden, forderte Sager.

Trotz der bisherigen Reformen würden ab Mitte dieses Jahres historisch hohe Eigenanteilswerte erreicht. „Die Belastung der Pflegebedürftigen in Heimen lag 2022 bei bundesdurchschnittlich mehr als 2.400 Euro – da sind die Leistungen der Pflegekassen bereits in Abzug gebracht. Und die Dynamik nimmt weiter zu und zeigt nur im Ansatz, worauf wir uns gefasst machen müssen, wenn die Politik nicht gegensteuert. Pflegekassen und Sozialhilfeträger drängen gemeinsam darauf, dass die Eigenanteile der Pflegebedürftigen weiter begrenzt werden.“

Eine neue Pflegereform dürfe nicht nur die Pflegeheime mit ihren exorbitant hohen Kosten in den Blick nehmen, sondern müsse auch die Pflege zu Hause stärken. „Nach wie vor werden 80 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause betreut – entweder mit ambulanten Diensten oder von ihren Angehörigen allein. Das muss stärker unterstützt werden, z. B. durch den Ausbau von Tagespflege, Kurzzeitpflege und Verhinderungspflege sowie erleichterte Möglichkeiten der Inanspruchnahme.“

Daneben müssten weitere Stellschrauben verändert werden, die bereits im Koalitionsvertrag vereinbart worden seien: „Dabei geht es etwa um die Übernahme der medizinischen Behandlungspflege durch die Krankenversicherung oder die Steuerfinanzierung der Ausbildungskostenumlage. Auch dies würde den Betroffenen sehr helfen“, so Sager abschließend. □

se sichergestellt werden, dass nicht einige wenige Staaten die Hauptlast tragen.

„Der Bund muss das aktuelle und zu erwartende Ankunfts-geschehen von Flüchtlingen mit den Kommunen teilen und alle föderalen Ebenen frühzeitig über Fluchtbewegungen informieren“, macht Landsberg abschließend deutlich. „Wir brauchen ein Frühwarnsystem des Bundes zur Vorbereitung auf kommunaler Ebene. Bei der Zuweisung von Asylbewerbern muss auch die Zahl der aufgenommenen Ukraineflüchtlinge berücksichtigt werden.“ DK

freien Lauf zu lassen. An dem notwendigen Krankenhaus-Gipfel mit den Ländern und Klinikvertretern sollte auch Bundesfinanzminister Christian Lindner teilnehmen. Und Lauterbach sollte sich bei seinem Kollegen endlich vehement für den Strukturfonds über 100 Milliarden Euro einsetzen, der sogar ein Kommissionsmitglied, Professor Christian Karagiannidis, vorgeschlagen hat. Wo bleiben die Mittel für den Transformationsprozess? Ohne Geld geht es nicht! Genauso wenig übrigens wie mit Zeit. Bei diesem viel zu überhasteten Zeitplan kann die Reform doch nur schiefgehen!

Die Bedürfnisse des Krankenhauses-Personals kommen Holetschek in den Reformbestrebungen zu kurz. Die Arbeitsbedingungen müssten massiv verbessert werden. Der Pflege-Beruf müsse attraktiver werden. Die Reform nütze nichts, wenn niemand mehr im Krankenhaus arbeiten möchte. □

Schutzschirm für ...

(Fortsetzung von Seite 1)

wohl auch diese unter die Energiepreisbremse fallen.“ Gleiches müsse auch für kommunale Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Jugendhäuser und städtische Hallenbäder gelten. Ein Schutzschirm für die kommunale Daseinsvorsorge sei unabdingbar notwendig.

Wie der Verbandschef betonte, müsse das Risiko kurzfristiger und existenzbedrohender Liquiditätseingänge zum Schutz der Kunden abgedeckt werden. Die Stadtwerke stünden für eine zuverlässige und nachhaltige Versorgung von Privathaushalten, Handwerk, Gewerbe und Wirtschaft mit Strom, Wärme und Gas. „Dies gelingt mit Hilfe einer strukturierten und langfristig angelegten Beschaffungsstrategie, die Versorgungssicherheit über Rendite stellt“, erklärte Pannermayr. Dies bedeute, dass auch in Zeiten höchster Preise beschafft werden müsse, und fallende Energiepreise nicht zwingend zu einer Entlastung, sondern zu sinkenden Einnahmen führen.

Die volatilen Energiepreise seien unverändert eine große Herausforderung für die Stadtwerke. Für die Beschaffung von Energie müssten hohe Sicherheitsleistungen an der Börse hinterlegt werden. Hinzu komme das Risiko verzögerter Vorauszahlungen oder möglicher Rückforderungen. Aus Sicht des Präsidenten „sind die bayerischen Stadtwerke aktuell stabil, aber es bleibt ein Risiko kurzfristiger und existenzbedrohender Liquiditätseingänge“.

Mit Blick auf den Nahverkehr forderte Pannermayr den Bund auf, zusätzliche Regionalisierungsmittel zur Verfügung zu stellen. Vom Freistaat würden finanzielle Mittel zur Deckung der erhöhten Energiekosten für den gesamten Schienenpersonennahverkehr und öffentlichen Nahverkehr, einschließlich der kommunalen Unternehmen und deren Auftragsunternehmen, benötigt.

Stellschrauben der ...

(Fortsetzung von Seite 1)

anlagen muss unbedingt verhindert werden. 3. Für Photovoltaik- und Windkraftanlagen muss aufgrund ihrer Bedeutung für den Klimaschutz auf naturschutzrechtliche Ausgleichspflichten verzichtet werden. Nach dem Vorbild der Windenergieanlagen sollen zukünftig auch Photovoltaikanlagen in Landschaftsschutzgebieten grundsätzlich möglich sein.

4. Um den Flächenbedarf so weit wie möglich zu begrenzen, muss der Anteil der PV-Anlagen auf Dächern und bebauten Flächen im Vergleich zu Freiflächenanlagen so hoch wie möglich gehalten werden. Hierzu sind geeignete Förderkulissen und neue regulatorische Anreize notwendig, um regenerativ erzeugten Strom günstig im Quartier zu verbrauchen. Die Nutzung von Flächen durch Maisanbau für Biogasanlagen ist wegen der schlechten Flächeneffizienz zu reduzieren.

5. Die Gemeinden sind an den Erträgen von erneuerbaren Energien-Anlagen („Konzessionsabgaben“) auf ihrem Gebiet zukünftig per Gesetz statt durch freiwilligen Vertrag und in attraktiver Höhe zu beteiligen. 6. Den Gemeinden muss das Engagement in der Energieerzeugung gemeinsam mit erfahrenen Partnern deutlich erleichtert werden. Dafür sind zum einen gesetzliche Beteiligungsrechte ein Instrument. Zum anderem sollen Kooperationen mit Energieversorgungsunternehmen einfacher realisiert werden können. 7. Die Gemeinden müssen be-

fähigt sein, zur Unterstützung eigener energiewirtschaftlicher Tätigkeiten Fördergelder vom Staat zu erhalten. 8. Auf Landkreisebene dürfen nicht unter dem Deckmantel der Energiewende umlagefinanziert Konkurrenzunternehmen zu Stadt- und Kommunalwerken entstehen. 9. Der Bezug von Strom aus Anlagen, bei denen Energieerzeuger und Verbraucher nicht personenidentisch sind, muss wirtschaftlich rentabel ermöglicht werden. Dazu sind insbesondere Änderungen im Energie- und im Steuerrecht vonnöten. 10. Die Rolle der Gemeinden bei der Gewährleistung der örtlichen E-Ladesäuleninfrastruktur muss sich auf eine Koordinationsfunktion beschränken. Insbesondere darf sie für die Gemeinden keine dauerhaften Personal- und Kostenbelastungen mit sich bringen.

Was „Wertschöpfung vor Ort“ konkret bedeutet, wurde in Markt Schwaben bei einer Besichtigung der kommunal und mit Bürgerbeteiligung errichteten größten Solaranlage des Landkreises Ebersberg deutlich. Geschäftsführer Markus Henle zufolge liefert die 1,5 Hektar große und von den Eberwerken betriebene Freiflächenanlage 1,5 Megawatt Strom pro Jahr, womit 500 der gut 6.500 Haushalte Markt Schwabens im Jahr mit Strom versorgt werden. Um dies für alle Haushalte zu gewährleisten, würde laut Bürgermeister Michael Stolle ein Vielfaches der jetzt installierten Leistung benötigt. Deshalb sein Wunsch: Photovoltaik auf Dächern, kommunalen Liegenschaften und unbürokratische Genehmigungsverfahren für Solarparks. DK

Nach Angaben des Bayerischen Städtetags verursachten die stark erhöhten Preise für Strom und Diesel erhebliche Mehrkosten im ÖPNV, die auch nach der Strompreisbremse des Bundes und nach dem teilweisen Rückgang der Marktpreise für Diesel hoch bleiben. Die Länder-Verkehrsminister hätten einen zusätzlichen Bedarf zur Sicherung des bestehenden Fahrplanangebots im ÖPNV einschließlich des SPNV von jeweils 1,75 Milliarden Euro festgestellt. Jedoch seien die Mittel lediglich für 2022 um eine Milliarde Euro erhöht und für die Folgejahre um drei Prozent dynamisiert worden.

Der Freistaat verwerde die zusätzlichen Regionalisierungsmittel 2022 und 2023 vollständig zur Deckung des Bedarfs im SPNV. Zusätzlich seien hierfür Eigenmittel des Freistaats vorgesehen. Für den allgemeinen ÖPNV habe Staatsminister Christian Bernreiter eine Härtefallhilfe von 20 Millionen Euro angekündigt. Diese Mittel seien für private Omnibusunternehmen mit eigenen Linien genehmigungen bestimmt und stünden unter der Voraussetzung, dass sich die kommunalen ÖPNV-Aufgabenträger jeweils mit mindestens einem Drittel an den Mehrkosten beteiligen. Hingegen erhielten kommunale Verkehrsunternehmen keinerlei Kompensation für gestiegene Energiekosten.

Um Defizite der Verkehrsunternehmen und der Kommunen nicht weiter zu erhöhen, müssten Kostenerhöhungen an ÖPNV-Fahrgäste weitergegeben oder Angebote reduziert werden, erläuterte Pannermayr: „Angesichts der wichtigen Rolle von Bus, Regionalbahn, U-Bahn, S-Bahn und Tram für Verkehrswege und Klimaschutz müssen Qualitätseinbußen im Öffentlichen Personennahverkehr vermieden werden. Die angespannten Haushalte der Städte und Stadtwerke erlauben es nicht, dieses Defizit allein zu tragen.“ DK

Bayernwerk Netz stärkt den Standort Bamberg

Die Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk) hat in Bamberg mit dem Bau eines modernen, energieeffizienten Gebäudes für rund 250 Mitarbeiter begonnen. Zum offiziellen Spatenstich trafen sich am Firmenstandort in der Hallstadter Straße Bayernwerk-Vorstandsvorsitzender Dr. Egon Westphal, Staatsministerin Melanie Huml, Oberbürgermeister Andreas Starke und stellvertretender Landrat Bruno Kellner. Das neue Kundencenter-Gebäude ergänzt das bestehende Bürogebäude und ersetzt die bisherigen Flächen in der Luitpoldstraße. Das Sonnenenergie-Haus besitzt mit einem durchschnittlichen Autarkiegrad von mehr als 62 Prozent eine besonders hohe Energieeffizienz. Die Gesamtkosten liegen bei rund 22 Millionen Euro.

„Der Neubau ist ein Zeichen für die regionale Verbundenheit des Bayernwerks und eine Stärkung Bambergs als langjähriger Standort des Unternehmens. Von Bamberg aus planen und gestalten wir die Energiezukunft in der Region vom Nieder- bis zum Hochspannungsbereich“, erklärte Dr. Egon Leo Westphal, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG.

Der gemeinsame Spatenstich mit Vertretern der Politik, Mitar-

beitern und Gästen sei der Start eines Vorzeigebaus für modernes Arbeiten und die Leistungsfähigkeit beim Thema Energieautarkie und Innovation. Das etwa 70 Meter lange Bürogebäude mit einer Grundfläche von 5.000 Quadratmetern wird in Zukunft von rund 250 Mitarbeitern genutzt. Es ist als Sonnenhaus mit Solar-Kollektoren an der Fassade, Photovoltaik im Außenbereich, Wärmepumpen-Technik und ei-

nem 60.000-Liter-Langzeit-Wärme- und Kältespeicher geplant.

„Als Sonnenhaus zeichnet sich der Neubau durch einen außergewöhnlich hohen Autarkiegrad aus. Als zukunftsorientierter Arbeitgeber leisten wir so einen wichtigen Beitrag für mehr Klimaneutralität und geben ein Beispiel für Nachhaltigkeit und CO₂-Reduzierung“, stellte Dr. Egon Westphal fest.

„Netze sind Lebensadern“

Melanie Huml, CSU-Landtagsabgeordnete aus Bamberg und Bayerische Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Internationales, freute sich anlässlich des Spatenstichs, dass die Bayernwerk Netz GmbH als größter Verteilernetzbetreiber in Bayern in die Zukunft investiert und den Standort Bamberg weiter stärkt: „Leistungsfähige In-

frastrukturnetze sind die Lebensadern jeder modernen Gesellschaft. Eine zuverlässige, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung für die Menschen, Unternehmen und Handwerksbetriebe sicherzustellen, gehört zu unseren wichtigsten Aufgaben. Als Freistaat haben wir eine Investitionsoffensive gestartet, brauchen dabei aber auch starke Partner.“

OB Andreas Starke sprach zum Start des Baus von einem klaren Bekenntnis zur Wirtschaftsregion. „Wir sind froh, dass die Bayernwerk Netz GmbH als erfolgreiches und leistungsfähiges Unternehmen nicht nur am Standort festhält, sondern diesen auch zukunfts-fähig weiterentwickelt. Für den Neubau haben wir als Stadt gerne alle Voraussetzungen geschaffen und das Vorhaben unterstützt“, sagte Starke.

„Die zeitnahe Umsetzung der Energiewende ist das erklärte Ziel des Landkreises Bamberg. Bereits jetzt decken wir knapp 80 Prozent unseres Energiebedarfs über erneuerbare Energien ab und reduzieren so unseren CO₂-Ausstoß um mehr als 220.000 Tonnen. Der kontinuierliche Ausbau der erneuerbaren Energien ist ein Erfolgsfaktor für Wirtschaft und Klimaschutz. Daher sind wir dankbar, mit der Bayernwerk Netz GmbH einen verlässlichen Partner an unserer Seite zu wissen, mit dem wir diesen Weg auch in Zukunft gemeinsam beschreiten können“, erklärte Bruno Kellner, stellv. Landrat des Landkreises Bamberg beim Spatenstich.

Straßenbeleuchtung erleben

Aus Sicht von Bayerns größtem Verteilernetzbetreiber ist Bamberg ein wichtiger und zentraler Standort für die nordbayerische Region. Mit dem Kundencenter entsteht eine Anlaufstelle für Kunden und Gäste. Der Außenbereich wird als parkähnliches Gelände mit Aufenthaltsbereichen gestaltet sein. Auf den Parkplätzen finden sich e-Lademöglichkeiten und für Zweiräder gibt es überdachte Stellplätze. Zudem wird ein Musterleuchten-Park auf den Freiflächen errichtet, der für Kunden und kommunale Partner das Leistungsspektrum des Netzbetreibers bei der Straßenbeleuchtung erlebbar macht.

Die Kosten für das Gesamt-Projekt mit Planung und Ausführung liegen bei rund 22 Millionen Euro. Die Fertigstellung ist Ende 2024 geplant. □



Start für den Bamberger Neubau der Bayernwerk Netz: Oberbürgermeister Andreas Starke, stv. Landrat Bruno Kellner, Bayernwerk-Vorstandschef Egon Westphal, Staatsministerin Melanie Huml und Projektleiter Thomas Richter (v.l.), bei offiziellen Spatenstich. Bild: Christian Martens

Green Airport Memmingen:

Startschuss für Biogas-Blockheizkraftwerk

Am Allgäu-Airport in Memmingen wurde im Beisein von Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger ein Biogas-Blockheizkraftwerk (BHKW) in Betrieb genommen. Den Rohstoff für dieses Glanzstück des Konzepts „Green Airport Memmingen“ liefert eine Biogasanlage aus der Region. Ziel des Flughafens ist es, bis 2020 klimaneutral zu werden.

Laut Andreas Müller, Geschäftsführer Airport Energiemanagement GmbH, wird in der Biogasanlage aus Gülle und Mist wertvolles Biogas erzeugt, das sowohl fossile Brennstoffe wie CO₂ einspart. Die neue Anlage spare jährlich 650.000 Kubikmeter Erdgas oder Heizöl in gleicher Menge ein und reduziere zudem den CO₂-Ausstoß des Flughafens um rund 1.600 Tonnen pro Jahr.

Das Blockheizkraftwerk werde flexibel betrieben und erzeuge nur dann Strom, wenn er benötigt werde. Die entstehende Wärme gehe stets komplett ins Fernwärmenetz oder in die Pufferspeicher mit einem Volumen von 300.000 Litern. Über das Fernwärmenetz werden neben den Flughafen-Gebäuden nahezu alle angrenzenden Industrie- und Gewerbebetriebe mit regionaler regenerativ erzeugter Wärme versorgt, darunter auch der südlich gelegene Zweckverband Interkommunaler Gewerbe- und Flugpark Flughafen Süd Beningen/Hawangen.

„Gemeinsam mit unserem Kraftstoffversorger AirBP wollen wir unseren Kunden klimaneutrale Kraftstoffe, sogenannte Sustainable Aviation Fuel (SAF), anbieten, damit sie in der Lage sind, klimaneutral ab-

Memmingen zu fliegen“, erläuterte Flughafen-Geschäftsführer Ralf Schmid. Perspektivisch solle mit Wasserstoff ein weiterer klimaneutraler Kraftstoff angeboten werden.

Auch Wirtschaftsminister Aiwanger betonte, Wasserstoff könne langfristig eine große Rolle spielen. Eine öffentliche Wasserstofftankstelle für Nutzfahrzeuge und PKW sei bereits für 2024 geplant. Nicht zuletzt deshalb wurde die Airport Energiemanagement GmbH im vergangenen Jahr in das Wasserstoffbündnis Bayern aufgenommen.

Win-Win-Situation

Das neue Rohbiogas-BHKW mit lokal produziertem Biogas bringt Aiwanger zufolge Energieerzeugung und -verbrauch auf dem heimischen Energiemarkt zusammen. Dies schaffe eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten – einschließlich Umwelt und Klima. „Daher begrüße ich es ausdrücklich, dass der Allgäu Airport in Sachen Energieeffizienz und Nachhaltigkeit so vorbildlich plant und so couragiert umsetzt. Somit startet der Airport voll durch und hebt die großen Potenziale, die Flughäfen und das Fliegen der Zukunft bereithalten.“ DK

Innovatives Energieprojekt

Kooperation der Stadtwerke Ingolstadt und der Gemeinde Karlshuld

Beim Thema Energiesicherheit wächst die Region zusammen: Vertreter der Ingolstädter Stadtwerke und der Gemeinde Karlshuld haben hierzu einen Kooperationsvertrag unterzeichnet. Im Donaumoos entsteht auf Karlshulder Gemeindegebiet auf einer Fläche von 63 Hektar ein Photovoltaik-Park inklusive einer Anlage zur Wasserstoffherstellung. Damit sollen künftig rund 20 Prozent des Strombedarfs für Karlshuld und Ingolstadt gedeckt werden können. Ende des Jahres soll der Baubeginn erfolgen.

Direkt vor Ort wird mit dem regenerativen Strom ein sogenannter Elektrolyseur zur Erzeugung grünen Wasserstoffs betrieben, der für den Einsatz in Verkehr und Industrie regional vermarktet wird. Ein weiterer positiver Aspekt ist der Schutz der Moorlandschaft im Donaumoos: Denn gezielte Maßnahmen beim PV-Ausbau auf bisher landwirtschaftlich genutzten Niedermoorböden können dazu beitragen, die ursprüngliche Funktion dieser Böden wiederherzustellen, das Moor vor Austrocknung zu schützen und dauerhaft Treibhausgase zu speichern.

„Diese mutige und weitsichtige Kooperation“ ist für Ingolstadts OB Christian Scharpf „eine erhebliche Investition in die Zukunft und in dreifacher Hinsicht ein Gewinn: Wir erzeugen damit regionale, umweltfreundliche Energie. Wir verbessern die Versorgungssicherheit vor Ort. Und wir stärken die

Zusammenarbeit in der Region.“ Bereits im vergangenen Sommer habe die Stadt mit dem integrierten Klimaschutzkonzept die Grundlagen geschaffen, die Anstrengungen beim Klimaschutz weiter zu intensivieren und das Potenzial bei der Energieeinsparung umfassender zu nutzen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien sei dabei ein zentraler Baustein: „Die Sonnenenergie bietet das größte Potenzial in Ingolstadt und der Region. Deshalb wollen wir sie in Zukunft noch besser nutzen als bisher“, so Scharpf. Auf öffentlichen Gebäuden und Freiflächen werden Photovoltaikanlagen nachgerüstet. Außerdem ist die Stadt gerade dabei, eine Energieagentur zu gründen, um jene Bürger zu unterstützen, die eine Photovoltaikanlage errichten möchten. Hierzu gibt es auch Förderprogramme.

„Die Energiewende schaffen, aber gleichzeitig ausreichend und

bezahlbare Energie für die Menschen und Unternehmen in unserer Stadt und der Region zu liefern: Das sind Herkulesaufgaben, die nur gelingen können, wenn viele Akteure zusammenwirken. Deshalb wird es in Zukunft verstärkt auf Kooperationen und Partnerschaften ankommen“, so Erster Bürgermeister Michael Lederer. Aus seiner Sicht „haben die Energiewende und der Klimaschutz einen immensen Stellenwert in unserer Gemeinde. Gemeinsam mit den Stadtwerken möchten wir eine durchdachte und zukunfts-trächtige Energielösung vor Ort umsetzen, um das Klima und unseren einzigartigen Lebensraum zu schützen. Mit der Energieerzeugung und Vermarktung in der Region bleibt die gesamte Wertschöpfung bei uns.“

„Unsere Motivation bei diesem Projekt ist der Nutzen für den Umwelt- und Klimaschutz, dabei mit dem Thema Wasserstoff zugleich auf einem neuen und zukunfts-trächtigen Feld aktiv zu werden und nicht zuletzt die regionale Erzeugung und Vermarktung von Strom, Wasserstoff und Wärme“, führte schließlich Stadtwerke-Geschäftsführer Matthias Bolle aus. DK

RENEXPO INTERHYDRO

[30. – 31. März 2023]

Messezentrum Salzburg

Fachmesse für Wasserkraft



www.renexpo-interhydro.eu

Neue Perspektiven für die Windenergie

Von Rechtsanwältin Katharina Bader und Rechtsanwalt Dr. Bernd Wust, Kapellmann und Partner Rechtsanwälte mbB, München

Am 1.2.2023 ist das Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) in Kraft getreten. Flankiert wird das Gesetz durch Ergänzungen im Bauordnungsgesetz (BauOB) und Anpassungen in der Bayerischen Bauordnung (BayBO). Die gesetzlichen Neuerungen führen zu einer vollständigen Neujustierung des Planungsrechts für die Windenergie.

Bisheriges Planungsregime

Windenergieanlagen sind im Außenbereich als privilegierte Anlagen grundsätzlich zulässig. Der Planungsvorbehalt des § 35 Abs. 3 S. 3 BauOB ermöglicht aber eine Steuerung der Windenergie. Danach kann durch eine Ausweisung von Flächen für die Windenergie im Regionalplan oder entsprechende Darstellung im Flächenutzungsplan ein Ausschluss der übrigen Flächen für Windenergieanlagen erreicht werden. Eine solche „Konzentrationsflächenplanung“ setzt ein schlüssiges Planungskonzept voraus, das sich auf den gesamten Planungsraum bezieht und der Windenergie „substanzialen Raum“ einräumt.

In Bayern war dieses Konzept durch Art. 82 Abs. 1 BayBO (10 H-Regelung) in seiner bisherigen Fassung faktisch außer Kraft gesetzt. Die 10 H-Regelung setzte an der Privilegierung selbst an und hob diese auf, wenn die Anlagen keinen Abstand vom 10-fachen ihrer Höhe zur Wohnbebauung einhielten. Das betraf fast alle potenziellen Standorte. Die Folge war ein völliger Einbruch des bayerischen Windkraftausbaus.

Neues Planungsregime

Das WindBG verpflichtet die Länder, feste prozentuale Anteile ihrer Landesfläche als Wind-

energiegebiet auszuweisen (sog. Flächenbeitragswert). Für Bayern gelten 1,1 Prozent bis zum 31.12.2027 und 1,8 Prozent bis 31.12.2032. Die derzeitigen Ausweisungen liegen deutlich darunter (ca. 0,6 Prozent).

Nach dem Entwurf des LEP müssen die Flächenziele durch die Ausweisung von Vorranggebieten durch die regionalen Planungsverbände erreicht werden. Das 1,1 Prozent Ziel gilt zunächst für alle 18 Planungsregionen gleichermaßen, die Verteilung des 1,8 Prozent Ziels auf die Regionen ist noch offen. Bestehende kommunale Planungen bleiben bestehen und werden auf die Flächenziele angerechnet. Auch Bestandsanlagen außerhalb von Windenergiegebieten werden im Umfang ihres Rotorüberstrichs angerechnet.

Mit Erreichen der Flächenziele entfällt die Privilegierung von Windkraftanlagen außerhalb der Windenergiegebiete. Weitreichende Ausnahmen bestehen aber für Repowering-Vorhaben. Werden die Flächenziele hingegen nicht fristgerecht erreicht, greift eine uneingeschränkte Privilegierung der Windenergie, die weder durch Planungen noch durch Abstandsregelungen eingeschränkt werden kann.

Das neue Bundesrecht leitet einen Wechsel von der Abschlussplanung hin zu einer reinen Positivplanung ein. Wenn

die Flächenziele erreicht sind, müssen Ausschlussgebiete nicht mehr durch Tabukriterien begründet werden. Die Planung wird damit voraussichtlich schneller und weniger fehleranfällig.

Gleichzeitig wurde in Bayern die 10 H-Regelung gelockert. U.a. im Wald, in einem 500 m Streifen entlang von Autobahnen, vierstreifigen Bundesstraßen und Schienenwegen, im Umkreis von 2.000 m um Gewerbe- und Industriebetriebe, wenn der Strom zum Verbrauch durch die Betriebe in den Gebieten bestimmt ist und beim Repowering gilt künftig nur ein Mindestabstand von 1.000 zur geschützten Wohnbebauung. In

Quartier Obermühle in Eggenfelden wird CO2-neutral

In Folge der Entwicklungen an den Energiemärkten haben die Bayernwerk Natur GmbH (Bayernwerk) und der Grundeigentümer KaPeLe GmbH & Co. KG das bisherige Energiekonzept im neuen Wohnquartier „Obermühle“ in Eggenfelden überarbeitet und CO2-neutral angepasst. Künftig soll die Wärme für das neue Areal an der Lauterbachstraße komplett ohne Erdgas erzeugt werden. Stattdessen wird eine umweltfreundliche Großwärmepumpe die benötigte Wärmeenergie erzeugen. Darauf einigten sich die Vertragspartner nun in einem angepassten Rahmenvertrag.

Auf dem Areal einer ehemaligen Bäckerei im Herzen von Eggenfelden entstehen bis voraussichtlich Ende 2024 vollständig barrierefreie Wohneinheiten, die vom Dach bis zum Keller auf energieeffizientes Wohnen abgestimmt sind. Im ersten Bauabschnitt werden insgesamt 59 Wohneinheiten mit 40-150 qm Wohnfläche errichtet, die mehr-

ausgewiesenen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten oder Sondergebieten in einem Flächennutzungsplan gilt ab dem 31.05.2023 kein Mindestabstand mehr.

Durch die Lockerungen werden zum einen die bestehenden Ausweisungen in Regional- und Flächennutzungsplänen wieder nutzbar. Dies gilt auch, wenn eine Gemeinde bei Inkrafttreten der 10 H-Regelung durch gemeindlichen Beschluss (Widerspruch) festgelegt hat, dass die 10 H-Regelung auf Ausweisungen in Flächennutzungsplänen angewendet werden soll. Der Widerspruch wird wirkungslos. Die übrigen Ausweisungen führen hingegen nur in den Gebieten zu einem unmittelbaren Baurecht, in denen durch die Regionalplanung oder der Flächennutzungsplanung bislang keine Steuerung der Windenergie stattgefunden hat. In den übrigen Gebieten greift bis auf weiteres die Ausschlusswirkung der bestehenden Pläne. □

heitlich von Eigennutzern erworben werden, aber auch zur Vermietung vorgesehen sind. Um diese Wohnungen mit Warmwasser und Heizungswärme zu versorgen, sollte ursprünglich ein Blockheizkraftwerk (BHKW) installiert werden. BHKWs bildeten bislang immer das Herzstück von Quartierslösungen, da sie eine dezentrale Alternative gegenüber konventioneller Energieerzeugung gelten und mit dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung sowohl Wärme als auch Strom erzeugen können.

Wärmeerzeugung durch Großwärmepumpe

Aufgrund der starken Preisanstiege bei Erdgas und weiteren Energieträgern haben sich die Projektentwickler nun zum Umsteuern entschieden: Anstatt des erdgasbetriebenen Blockheizkraftwerks soll die Wärme zukünftig durch eine Großwärmepumpe und damit nachhaltiger erzeugt werden. Diese soll in der untergeschossigen Energiezentrale der neuen Obermühle installiert werden. Die Energie hierfür wird aus dem Rücklauf eines angrenzenden Fernwärmenetzes gewonnen und so schließlich in die Flächenheizungen der Wohnungen eingespeist werden. Jede Wohnung wird darüber hinaus über eine getrennte Trinkwasserstation mit Wärmetauscher mit Warmwasser versorgt. Eine Verkeimung der Anlage gerade in Hinblick auf Legionellen kann so nutzerunabhängig wirkungsvoll verhindert werden. Da das Quartier im Fernwärmenetz Eggenfelden II integriert ist, kann auch an besonders harten Wintertagen die Wärmerversorgung in den Wohnungen sichergestellt werden.

Quartierslösung

Dank des Quartierskonzepts kann der für die Wärmeerzeugung benötigte Strom auch gleich vor Ort erzeugt werden: Auf den Dächern der Obermühle werden mehrere Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von 100 Kilowatt klimaneutralen Strom erzeugen, der bilanziell den gesamten Strombedarf der Großwärmepumpe decken wird.

Zur Quartierslösung zählt weiterhin auch ein mit Bayernwerk E-mobil entwickeltes E-Ladekonzept. Dieses bietet im Zu-

Agrarbildungszentrum Landshut-Schönbrunn:

Biogasanlage aus textilen Materialien

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich informierte sich über Verbundprojekt für landwirtschaftliche Betriebe

Vor kurzem fand an der Landmaschinenschule Landshut-Schönbrunn ein Informationsaustausch zum Bau einer Biogasanlage aus textilen Materialien statt. Projektkoordinator Prof. Dr. Josef Hofmann von der Hochschule für angewandte Wissenschaften Landshut gab Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich und den beteiligten Projektpartnern Einblick in das vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) geförderte Verbundprojekt. Der Beginn des Probebetriebs, der unter der Leitung von Prof. Hofmann entwickelten Demonstrationsbiogasanlage für kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betriebe, ist für Juni geplant. Ab Juli könnte laut Hofmann dann der Regelbetrieb auf dem Gelände des Agrarbildungszentrums starten.

Die entwickelte Biogasanlage wandelt vorhandene landwirtschaftliche Reststoffe, wie z.B. Rinderfestmist, Rinder- und Schweinegülle als Substrat zu Biogas und Dünger um. Vorhandener Festmist sowie die Jauche aus dem Rinderstall (Biobetrieb mit ca. 60 Großvieheinheiten (GV) Mutterkuh und Mastbullehaltung) des landwirtschaftlichen Lehrgutes des Bezirks Niederbayern werden dafür verwendet.

Aufgrund der biologischen Bewirtschaftung des Lehrgutes dürfen in der Demonstrationsanlage (geplantes Fermentervolumen ca. 150 m³) keine Fremdsbstre von außerhalb des Betriebs verwendet werden. Hauptziel ist es, die Herstellungs- und Betriebskosten für

kleine Hofbiogasanlagen gegenüber bestehenden Anlagen vergleichbarer Größe (30 bis 75 kW elektrische Leistung) deutlich zu reduzieren.

Der Bezirk Niederbayern unterstützt das Forschungsvorhaben und erhofft sich daraus auch Erkenntnisse für den Einsatz von Biogasanlagen in bezirklichen Einrichtungen. „Sollte die Anlage sich bewähren, ist zu prüfen, ob sie nach Abschluss des Forschungsprojekts im Agrarbildungszentrum verbleiben kann“, so Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich. Er schlug im Rahmen des Ortstermins vor, auch den Einsatz von Biogasanlagen im Gutshof des Bezirks in Mainkofen und im Fischereilichen Lehr- und Beispielsbetrieb in Lindbergmühle zu prüfen. □



V.l.: Christian Beckmann (Leiter Landmaschinenschule), Michael Zehentbauer (Leiter Staatl. Fachschule für Gartenbau), Dr. Olaf Heinrich (Bezirkstagspräsident von Niederbayern), Prof. Dr. Fritz Pörnbacher (Präsident Hochschule für angewandte Wissenschaften) und Prof. Dr. Josef Hofmann (Projektkoordinator Hochschule für angewandte Wissenschaften Landshut). Bild: Dörner, Bezirk Niederbayern

Zentrum Wasserstoff.Bayern tritt Hydrogen Europe bei

Das Zentrum Wasserstoff.Bayern (H2.B) ist zum 1. Januar 2023 der Vereinigung Hydrogen Europe beigetreten und vertritt dort als „EU Region“ bayerische Interessen. Mit aktuell über 400 Mitgliedern, darunter über 25 EU-Regionen und mehr als 30 nationale Verbände, vertritt die europäische Vereinigung die Belange der Wasserstoffindustrie und ihrer Akteure sowie fördert Wasserstoff als Wegbereiter für eine emissionsfreie Gesellschaft. Die Mitglieder decken dabei die gesamte Wertschöpfungskette des europäischen Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Ökosystems ab. Ziel von Hydrogen Europe ist es, die globale Kohlenstoffneutralität durch die Beschleunigung der europäischen Wasserstoffindustrie voranzutreiben.

H2.B-Geschäftsführer Dr. Fabian Pfaffenberger: „Wir erwarten uns von der Zusammenarbeit mit Hydrogen Europe nicht nur einen zusätzlichen Schub für bayerische Wasserstoff-Aktivitäten, sondern auch eine Erweiterung unseres Netzwerks und eine stärkere Berücksichtigung bayerischer Interessen.“

Die Aktivitäten und Zielsetzungen von Hydrogen Europe

sammenhang mit der Software zur Steuerung und Abrechnung die Möglichkeit zum Einsatz von Wallboxen und Ladesäulen. Komplettiert wird die gesamte Wohnanlage durch das Gigabit-Glasfasernetz der Telekom, das betriebsbereit bis in jede Wohnung verlegt wird.

Mit dem Einzug, voraussichtlich zum Ende 2024, können die neuen Bewohner der Wohnanlage in der Obermühle dann vom neuen Energiekonzept profitieren. □

decken sich mit denen des Zentrum Wasserstoff.Bayern (H2.B) und des Wasserstoffbündnis Bayern.

Technologiekompetenz stärken und ausbauen

Ziel der aktuell über 315 H2-Akteure im Wasserstoffbündnis Bayern ist es, gemeinsam zur Stärkung und zum Ausbau der Technologiekompetenz Bayerns im Bereich innovativer Wasserstofftechnologien beizutragen, um den Aufbau einer bayerischen Wasserstoffwirtschaft zu beschleunigen. Das Wasserstoffbündnis Bayern ist das größte staatlich initiierte Wasserstoff-Cluster in Deutschland. Zahlreiche Partner im Wasserstoffbündnis Bayern sind zudem selbst Mitglied bei Hydrogen Europe.

Weitere Informationen sind auf der Webseite <https://hydrogeneurope.eu/> zu finden. □

Wasserstoff – der klimaneutrale Alleskönner

Wir machen das Gasnetz fit für grünen Wasserstoff

energie schwaben

million

Audit und Bericht zeigen:

Der SWM-Bereich Wasserkraft handelt gemeinwohlorientiert

Die SWM Wasserkraft produziert Ökostrom, schafft ökologische Ausgleichsräume und teils ganz neue Naturräume. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft – was der erste Gemeinwohlbericht des Bereichs Wasserkraft bei den Stadtwerken München bestätigt.

Die SWM Wasserkraftwerke erzeugen jährlich im Mittel 357 Millionen Kilowattstunden Ökostrom. Neben großen und alten, mehrfach modernisierten Kraftwerken wie den Isarwerken, Leitzach- und Uppenbornwerken gehören auch kleinere Anlagen wie das Maxwerk im Stadtzentrum sowie die Florianmühle in Freimann zum Kraftwerkspark. Teils sind die Anlagen auch jünger wie etwa die Stadtbachstufe in Höhe des Isarwerks 3 oder das Praterkraftwerk.

Der Gemeinwohlbericht für die Wasserkraft wurde von einer zehnköpfigen Projektgruppe binnen sechs Monaten erarbeitet. Er beschreibt für fünf Berührgroups – Lieferanten, Eigentümer und Finanzpartner, die Mitarbeiter, die Kunden und das gesellschaftliche Umfeld –, wie gemeinwohlorientiert die SWM Wasserkraft handelt. Hinter dem Gemeinwohlgedanken stecken

Werte wie Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Transparenz sowie Mitentscheidung. Unternehmerischer Erfolg wird nicht nur am finanziellen Ergebnis, sondern auch an seinem Beitrag zum Gemeinwohl gemessen.

Wo hat die Wasserkraft gepunktet?

Die Wasserkraft leistet einen wichtigen Beitrag für die Versorgung der Stadtgesellschaft. Die Anlagen erzeugen nicht nur CO₂-freien Strom, sondern tragen auch zur Stabilisierung des Stromnetzes bei. Darüber hinaus werden die Flächen der Wasserkraft ökologisch bewirtschaftet. Eine Vielzahl an Projekten zur Herstellung der ökologischen Durchgängigkeit an den Wehren unterstreicht das Engagement, notwendige Eingriffe ins Ökosystem so

gering wie möglich zu halten. Besonders positiv vermerkte der Auditor, dass sich in den vergangenen 100 Jahren der Wasserkraftnutzung entlang der künstlich angelegten Kanäle und Speicherbecken Fauna-Flora-Habitat-Gebiete, Landschaftsschutzgebiete oder sogar Natura-2000-Gebiete rund um die Kraftwerksanlagen entwickelt haben.

Sie bieten vielen streng geschützten und vom Aussterben bedrohten Tierarten einen wertvollen Lebensraum – gerade in den klimawandelbedingt häufiger vorkommenden Trockenperioden.

Hervorzuheben ist angesichts der langen Einsatzzeit auch der hohe „Erntefaktor“ der Wasserkraftwerke, also das Verhältnis von erzeugter zu eingesetzter Energie: Die SWM nutzen Anlagen, die meist 100 Jahre und älter sind, jedoch laufend modernisiert und an die Erfordernisse des Energiemarkts angepasst wurden.

Ein Großteil der Investitionen bleibt dabei in der Region, weil sich insbesondere lokal tätige

Firmen bei der Vergabe der speziellen Aufgaben durchsetzen.

Dr. Christoph Rapp, Leiter des SWM Bereichs Wasserkraft: „Auch in unserem Fachbereich hat der Bilanzierungsprozess dazu geführt, dass die Kolleginnen und Kollegen, für die die wichtigsten Motivationsquellen der Dienst für die Gemeinschaft und die ökologisch verträgliche Stromerzeugung sind, sich noch stärker mit unserem täglichen Handeln auseinandergesetzt haben. Die kommenden Jahre werden für die Wasserkraft herausfordernd, denn wir müssen viele angestrebte Maßnahmen erfolgreich zum Abschluss bringen. Die sehr gute Bewertung des Auditors ist daher Ansporn und Herausforderung zugleich.“

Dipl.-Ing. Helge-Uve Braun, Technischer SWM Geschäftsführer: „Wir teilen die grundsätzlichen Ziele der Gemeinwohlökonomie und sind sehr stolz auf die Zertifizierung. Sie bestätigt unseren wichtigen Beitrag für München und die Region und passt zur zukunftsorientierten, nachhaltigen Strategie der SWM.“

Die SWM Wasserkraft investiert in den kommenden Jahren mehr als 100 Millionen Euro in die Sanierung und Optimierung ihrer Infrastrukturanlagen. Modernisierungen dienen der Energieeinsparung, andere Maßnahmen schaffen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bessere Arbeitsbedingungen oder verringern den ökologischen Fußabdruck der SWM Wasserkraft.

Bei den SWM ist neben dem Bereich Wasserkraft auch der Bereich Bäder gemeinwohlorientiert. Dessen 2019 erzielter Wert wurde bei der Re-Bilanzierung 2022 sogar weiter gesteigert.

Infos unter: www.swm.de/gemeinwohl-wasserkraft



Die GSWT®-Technologie freistehend in großen Lüftungskanälen. Bild: SEW GmbH

SEW präsentiert zur ISH „Retrofit im Bestand“

Mit der Erfahrung aus 40 Jahren bietet die SEW® GmbH Lösungen für die energetische Sanierung von Lüftungsanlagen an. In jeder Größenordnung und auch bei schwierigen Platzverhältnissen. Vorreiter ist hierfür die GSWT®-Technologie.

Durch die modulare Bauweise und die Zerlegbarkeit der einzelnen Wärmetauscher kann SEW auch in schwer zugänglichen Lüftungszentralen die GSWT®-Technologie im Bestand installieren. Fast jede Luftleistung ist mit der GSWT®-Technologie möglich. Die Anpassung orientiert sich rein an den Gegebenheiten des Gebäudes und ist auch für eine freie Aufstellung (z. B. im Betonkanal oder Ansaugbauwerk) geeignet.

Sanierung in schwer zugänglichen Bereichen

Zur Einbringung reichen die vorhandenen Zentralen-Türen aus. Bauseitige Änderungen, wie z. B. das Öffnen der Fassaden, können

damit vermieden werden. Dies ist gerade bei historischen Bestandsgebäuden von Vorteil. Der Umbau kann in der Regel im laufenden Betrieb erfolgen.

Durch die Gesamtplanung der GSWT®-Systeme incl. der angrenzenden Schnittstellen übernimmt SEW die Systemverantwortung des kompletten GSWT®-Systems. Die Montage vor Ort erfolgt durch firmeneigenes Personal. Darüber hinaus erbringen alle zusätzlichen Dienstleistungen wie Glykol Füllung und Inbetriebnahme geschulte Servicetechniker vor Ort. Die Koordination der angrenzenden Gewerke (Heizung, Kälte und MSR) wird seitens SEW maßgeblich unterstützt. Info: www.sew-kempen.de

Große Nachfrage nach geothermischer Fernwärme:

Projekte in Kirchweidach und Grünwald

Als Reaktion auf die große Nachfrage nach geothermischer Fernwärme wurde kürzlich das Projekt „Kirchweidach II“ im oberbayerischen Landkreis Altötting gestartet. Zudem soll eine Fernwärmeleitung in Grünwald bei München ausgebaut werden, wie der Bundesverband Geothermie mitteilte.

Nach rund einem halben Jahr Vorbereitung begann im Januar die erste Bohrung in Kirchweidach. In knapp drei Monaten soll das 3.200 Meter entfernte Tiefenwasser erreicht werden. Ziel ist es zunächst, mit dem ersten 26 Zoll großen Bohrmeißel eine Tiefe von 850 Metern zu erzielen. Anschließend soll ein 17,5 Zoll großer Meißel verwendet werden, um die Bohrung abzuschließen. Nachfolgend ist eine Reinjektionsbohrung geplant. Da noch zwei weitere Bohrkerne vorhanden sind, könnte eine weitere Tiefbohrung mit erneuter Reinjektionsbohrung durchgeführt werden, so der Bundesverband Geothermie.

Neben der Gemeinde soll die aus dieser Anlage gewonnene Energie auch die Gewächshäuser der Firma Steiner, deren Inhaber Josef Steiner der Mehrheitsgesellschafter des durchführenden Bauunternehmens „Naturwärme Kirchweidach-Halsbach“ ist, betreiben. Zudem ist geplant, die Gemeinden Halsbach, Tyrlaching und Feichten an die Anlage anzuschließen. Das Bundeswirtschaftsministerium fördert das Projekt mit 15 Millionen Euro.

Bevor die Bauphase begann, wurde die Anlage im Rahmen eines Festakts eingeweiht. Kirchweidachs Bürgermeister Robert Moser führte durch die Veranstaltung und berichtete den Gästen von den seit 2018 andauernden Planungen. Er sei der Gemeinde und allen Projektbeteiligten für eine gute und zielstrebige Zusammenarbeit dankbar, erklärte Moser und sprach von einer „sehr beachtlichen Zeitschiene. Da müssen schon viele Räder zusammenpassen und sehr gut ineinandergreifen, um das so hinzubekommen.“

Grünwalder Spitzenjahr

Angesichts der aktuellen energiepolitischen Situation steigt auch die Nachfrage nach geothermischer Fernwärme in der Gemeinde Grünwald an. Laut Andreas Lederle, Geschäftsführer der Erdwärme Grünwald, „hatten wir letztes Jahr unser Spitzenjahr mit knapp über 400 abgeschlossenen Verträgen“. Bis Ende 2022 konnten 172 neue Anschlüsse fertiggestellt werden, dieses Jahr will die Erdwärme Grünwald et-

wa 150 Anschlüsse fertigstellen, ein Anschluss benötige etwa drei bis vier Wochen. Dafür seien rund 4,5 Kilometer an Leitungen erforderlich. Von 3.000 Haushalten der Gemeinde Grünwald sind zurzeit die Hälfte an geothermische Fernwärme angeschlossen.

Im Zuge des Netzausbaus plant die Erdwärme Grünwald zudem die Abteufung einer weiteren Bohrung auf ihrem Claim in Laufzorn. Die Bewilligung für den neuen Standort, Laufzorn II, wurde bereits im Dezember 2022 erteilt. Die Kosten werden im Haushalt mit 75 Millionen Euro beziffert. Erste Genehmigungsschritte in der Projektentwicklung sind bereits erfolgt.

Aktuelle Planung

Die aktuelle Planung umfasst neben zwei Dubletten ein reines Heizwerk. Im Anschluss an die Wärmeauskopplung könne die Wärme weiter nach Grünwald und Unterhaching transportiert werden, heißt es. Darüber hinaus sei auch eine Kooperation mit den Stadtwerken München möglich. Eine Machbarkeitsstudie soll nun eine Verbindung zwischen den Standorten in Laufzorn und Unterhaching in Richtung München aufsuchen.

Mithilfe einer weiteren Verbundleitung durch den Forst von Laufzorn bis zum Bavariafilmgelände soll dort an das bestehende Fernwärmenetz angeknüpft werden. Dabei dient diese ebenfalls der weiteren Absicherung des mittlerweile etwa 100 Kilometer langen Fernwärmenetzes. Die damit einhergehende Planung wurde bereits abgeschlossen und die erforderlichen Genehmigungen erteilt.

Startschuss für die Bauarbeiten ist voraussichtlich im März mit einer angesetzten Dauer von einem Jahr. Nach Angaben des Grünwalder Bürgermeisters Jan Neusiedl belaufen sich die Kosten auf rund zehn Millionen Euro. Ob auch hier ein guter Anknüpfungspunkt für die Leitung nach München sein könnte, muss die Machbarkeitsstudie zeigen. DK

CSU-Fraktion will Tiefengeothermie forcieren

Auf Initiative der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag hat dessen Wirtschaftsausschuss beschlossen, die Tiefengeothermie in Bayern in Zukunft deutlich stärker nutzbar zu machen. Konkret wird jetzt im Landesentwicklungsprogramm klargestellt, dass die Tiefengeothermie mit dem Schutz des Tiefengrundwassers vereinbar ist.

Laut Kerstin Schreyer, energiepolitische Sprecherin der CSU-Fraktion, „ist das Potenzial für die Tiefengeothermie in Bayern riesig. Deswegen müssen wir jetzt Rahmenbedingungen richtig setzen, um uns nicht den Weg zu einer so relevanten Energiequelle zu verbauen. So sorgen wir dafür, dass die Energiewende gelingen kann. Das Wasserrecht spielt hierbei eine zentrale Rolle. Daher war es für uns so wichtig, im LEP den Schutz des Wassers mit der Nutzung der Tiefengeothermie in Einklang zu bringen.“ DK

Für den Bürgerenergiepreis suchen wir:

Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter bayernwerk.de/buergerenergiepreis

bayernwerk

Technik und Expertise clever vernetzt:

UVM begleitet Verkehrswende in Würzburg

Es ist eines der größeren Verkehrsprojekte der Stadt Würzburg, ohne dass dafür auch nur ein Meter Straße, Radweg oder Schiene neu gebaut wurde. Das Umweltorientierte Verkehrs- und Mobilitätsmanagement (UVM) hatte 2018 folgenden Ausgangspunkt: Die Stickstoffdioxid-Konzentration (NO₂) ist in der Stadt keineswegs gleichverteilt. Es gibt Hotspots mit einer hohen Belastung. Diese Punkte liegen stets an Straßen mit einer starken Verkehrsbelastung. Gerade wo Autos regelmäßig im Stau stehen oder sich viele Verbrennungsmotoren nur im langsamen Stopp & Go durch Straßenschluchten bewegen, schnellen die entsprechenden Messwerte nach oben – womöglich auch über die gesetzlichen Grenzwerte.

Mehr Verkehrsfluss an den neuralgischen Punkten, weniger motorisierter Individualverkehr insgesamt – dies sind die Wege um die hohen Stickstoffkonzentrationen in den Griff zu bekommen. Was wiederum gesünder für alle Menschen in den betroffenen Bereichen und entspannender für alle Verkehrsteilnehmer sein dürfte.

Komplexes Projekt

Aus dieser Grundüberlegung heraus wurde vom Würzburger Stadtrat ein komplexes Projekt mit Gesamtkosten von ca. 4.500.000 Euro auf den Weg gebracht. Rund die Hälfte dieser innovativen Investition wurde vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr getragen. Als Auftragnehmer erhielt Yunex Traffic (ehemals Siemens Mobility ITS) den Zuschlag zur Umsetzung verschiedener Maßnahmen, welche in enger Zusammenarbeit

mit den entsprechenden Dienststellen der Stadt Würzburg und der WVV durchgeführt wurden.

Die Stadt investierte gezielt und massiv in ein umfassendes Umweltmodell, Infrarot-Verkehrszähler, neue Soft- und Hardware für Lichtsignalanlagen oder einen leistungsstarken Verkehrsrechner. So entstand eine moderne und vernetzte Basisinfrastruktur, die strategische Eingriffe in den fließenden Verkehr in dieser Form erst ermöglicht.

Im Technischen Rathaus in der Veitshöchheimer Straße werden nun alle Daten in der Verkehrsredaktion verarbeitet. Die enge Kooperation mit den Würzburger Stadtwerken, die viele der verschiedenen Komponenten technisch betreuen, ist dabei obligatorisch. Aktuelle oder prognostizierte Verkehrsdaten, Schadstoffbelastungen, lokale Wetterinformationen, Verkehrsaufkommen bieten ein detailliertes Gesamtbild des Würz-

burger Verkehrs in Echtzeit. Von den über 180 Würzburger Ampeln werden von der Zentrale aus 55 im Rahmen des UVM harmonisiert gesteuert, Tendenz steigend.

Möglichkeiten gibt es unzählige: angepasste Grünzeiten für die Hauptpendlerströme auch bezogen auf sehr kurze Zeitfenster, weitläufige Umfahrungen von Baustellen, schnelle Reaktionen auf Unfälle oder im Vorfeld bekannte Großveranstaltungen wie beispielsweise den Würzburger Residenzlauf. Und es kommen immer neue Anwendungen hinzu: „Aktuell arbeiten wir beispielsweise an einer Verknüpfung mit unserem Parkleitsystem“, berichtet Verkehrsingenieur Jörn Egbert. Lästiger Parksuchverkehr könnte also bald weiter reduziert werden. Auch die Bevorrechtigung der Busse an Ampeln ist mit den nun geschaffenen technischen Grundlagen leichter möglich. „Hier hoffen wir die Busbeschleunigung bald an ersten Anlagen umzusetzen“, führt Egbert weiter aus.

Kontrolle und Dokumentation

Seit April 2021 wurde das UVM nach und nach in Betrieb gesetzt, das Feinjustieren und Weiterentwickeln wird sicher als eine spannende Daueraufgabe bleiben. Denn im Verkehr tut sich immer etwas: Saubere Techniken wie

E-Bikes und E- oder Hybridfahrzeuge sind auf dem Vormarsch, neue Park & Ride-Möglichkeiten sind erklärtes Ziel der Politik in Stadt und Landkreis, Home Office behält vielleicht auch nach Corona einen höheren Stellenwert und schließlich könnte auch der aktuelle gesetzliche NO₂-Grenzwert (40 µg/m³ im Jahresmittel) angepasst werden. Diese Trends und Vorgaben kann das UVM mit den passenden Programmen unterstützen. Unterschieden werden kann zwischen gezielten Eingriffen durch die Verkehrsredaktion und bewährten Automatismen, beispielsweise wenn das System selbst Ampelprogramme anpasst, um einen hohen NO₂-Wert durch eine Verflüssigung an einem Hotspot wieder zu senken. Eine kontinuierliche Kontrolle ist in beiden Fällen unerlässlich und durch die umfangreiche Dokumentation auch möglich. Mensch und Maschine können so aus Herausforderungen lernen.

Gesamtkonzept

„Die Möglichkeiten des UVM sind noch lange nicht ausgeschöpft. Die Verkehrsteilnehmer sollen von den Rechnern und Logarithmen aber keinesfalls nach und nach entmündigt werden. Zum Gesamtkonzept gehören informierende Displays an den Hauptverkehrsachsen oder auch an der Drehscheibe Hauptbahnhof, eine kostenlose Sauber-Mobil-App mit Routenplaner, sinnvolle Verknüpfungen mit dem ÖPNV oder auch Angeboten wie Carsharing. Das ganze System setzt auf Pendler, die permanent mit guten Informationen und Argumenten versorgt werden und sich so entscheiden können, auch einmal neue Wege zu gehen bzw. zu fahren. Kurze Fahrtzeiten und niedrigere Schadstoff-Emissionen sind glücklicherweise kein Widerspruch, sondern sie bedingen sich“, sieht Baureferent Benjamin Schneider große Potenziale für das Herzstück der Würzburger Verkehrsplanung.

Täglich pendeln zehntausende Menschen nach Würzburg. Dies sei gleichermaßen eine große Masse an Verkehrsaufkommen, aber auch zehntausende individuelle Fahrten, die sich in den genauen Zielorten, zeitlichen Vorgaben, Personenzahlen, Transportmitteln oder in den finanziellen Ressourcen der Verkehrsteilnehmer doch wieder sehr unterscheiden. Hier liegt das Potenzial, das wie erste Auswertungen zeigen, schon jetzt vom UVM genutzt wird.

Gesammelte Daten

Ein Vergleich von Daten aus den Jahren 2017 und 2021 zeigte an einigen Messstellen, wie beispielsweise im kritischen Bereich des Röntgenrings, eine deutliche Verbesserung der Verkehrsqualität. Hier finden nun prozentual weniger der Fahrer im Stau statt, sondern in einem zügigeren Tempo. Die gesammelten Daten von 53 Infrarotdetektoren ergeben für einen Großteil des Straßennetzes ein vollständiges Lagebild. Diese Daten können künftig auch die Grundlage verkehrspolitischer Entscheidungen sein. Einziger Wermutstropfen aktuell: Durch die Corona-Pandemie, deren erste Wellen zeitlich mit der Einführung des UVM zusammenfielen, kam es zu einer Reihe von Sondereffekten bei den Pendlern (beispielsweise durch neue Gleitzeit- oder Home-Office-Regelungen), die es nun bei der Interpretation der Vorher-Nachher-Daten zu beachten gilt. Hierzu holt sich die Stadt Würzburg aktuell noch eine genaue Expertise ein. Schon heute ist klar, der Verkehr hat in Würzburg zuletzt abgenommen und aktuell werden alle NO₂-Grenzwerte eingehalten. □

Barrierefreier Bahnhofsusbau:

Bilanz und Ausblick

Durch den Aus- und Neubau von Bahnstationen sind nach Mitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr im vergangenen Jahr insgesamt 14 weitere barrierefreie Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten im bayerischen Bahnnetz entstanden. Der Freistaat habe den Ausbau freiwillig mit 16 Millionen Euro unterstützt. Damit seien bayernweit aktuell 506 von 1.066 Bahnhöfen und Haltepunkten komplett barrierefrei ausgebaut. Rund 80 Prozent der Ein- und Aussteiger profitierten davon.

Die 2022 in Betrieb genommenen barrierefreien Stationen liegen in Oberbayern mit Bischofswiesen, Feldkirchen bei München, Poing, Garching an der Alz und Rott am Inn, in Mittelfranken mit Ansbach und Fürth-Klinikum, in Unterfranken mit Langenprozelten und Miltenberg, in Schwaben mit Harburg, Hoppingen und St. Mang sowie in der Oberpfalz mit Schwarzenfeld und in Niederbayern mit Spiegelau. Fast alle diese Stationen werden von der DB Station & Service AG betrieben, mit Ausnahme der Bahnhöfe in Garching und Rott, die sich im Netz der DB-Tochter Südostbayernbahn befinden, sowie des Bahnhofs Miltenberg, der von der DB-Tochter Westfrankenbahn betrieben wird.

Nach Angaben der Bahnbetriebe können im Jahr 2023 um die 30 weitere Stationen in Bayern barrierefrei fertiggestellt werden. Die wichtigste Station dabei wird der Augsburg Hauptbahnhof sein. Die Empfangshalle im Bahnhofsgebäude und die Verteilerebene im ersten Untergeschoß mit den Zugängen zu den Bahnsteigen mit Rolltreppen und Aufzügen werden dort uneingeschränkt nutzbar sein. Ebenfalls genutzt werden kann der neue Fußgängertunnel von Westen aus dem Thelottviertel in den Hauptbahnhof. Insgesamt wird sich die Barrierefreiheit sowohl in den Ballungsräumen verbessern, wo beispielsweise der S-Bahnhof München Isartor hinzukommt, als auch im ländlichen

Raum, wo unter anderem der modernisierte Bahnhof Tegernsee fertiggestellt wird.

„Ich will für alle noch nicht barrierefreien Bahnstationen in Bayern eine Perspektive“, erklärte Verkehrsminister Christian Bernreiter. „Barrierefreiheit betrifft nicht nur Reisende mit Handicap. Sie bietet für alle mehr Reisekomfort, egal, ob man mit schwerem Gepäck, Kinderwagen oder Fahrrädern unterwegs ist. Und Barrierefreiheit trägt zu einer modernen und nachhaltigen Mobilität bei, indem sie zur Nutzung der klimafreundlichen Schiene einlädt.“

Forderungen an die Bundesregierung

Bernreiter verlangt von der Bundesregierung, dass sie zusätzliche Investition in den barrierefreien Stationsausbau ermöglicht. „Da ist angesichts der enormen Preissteigerungen und der zu erwartenden Fahrgastzuwächse aufgrund des Deutschlandtickets dringender Handlungsbedarf. Wenn die Länder verstärkt beim barrierefreien Ausbau mitfinanzieren sollen, muss der Bund das bei der Höhe der Regionalisierungsmittel berücksichtigen. Außerdem brauchen wir ein neues Sonderprogramm des Bundes für Stationen mit weniger als 1.000 Ein- und Aussteigern. Hier gibt es nach dem Auslaufen des Programms der Vorgängerregierung ein Vakuum, das gerade dem Bahnverkehr im ländlichen Raum schadet.“ □

Leitfaden flexible Bedienformen im ÖPNV:

Mobilitätsoffensive für das Land

Agora Verkehrswende, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Verband Deutscher Verkehrsunternehmen und PTV Group haben einen Leitfaden zu flexiblen Bedienformen im ÖPNV veröffentlicht. Darin wird umfangreich erläutert, unter welchen Bedingungen sog. Linienbedarfsverkehre das ÖPNV-Angebot vor Ort verbessern können. Der Leitfaden versteht sich als Handreichung für Kommunen und Verkehrsunternehmen, die jetzt in die Modernisierung ihres Nahverkehrs einsteigen wollen. Auch zeigt er auf, welche Unterstützung von der nationalen Ebene notwendig ist.

Simulationen veranschaulichen die räumlichen Einsatzmöglichkeiten von Bedarfsverkehren und erlauben eine Abschätzung des Ressourcenbedarfs und der Möglichkeiten einer Verknüpfung mit dem Linienverkehr anhand dreier unterschiedlicher Beispielregionen. Teil des Projektes ist auch ein Faktenblatt, das bereits vorhandene Beispiele im ländlichen Raum in ganz Deutschland aufzeigt: Von Bad Hindelang im Allgäu über Süderbrarup in Schleswig-Holstein bis Storkow in Brandenburg und Wiehl in Nordrhein-Westfalen.

Nach zahlreichen Modellprojekten in den vergangenen Jahren ist die regelhafte Einführung der Angebote in vielen Regionen geplant, stößt jedoch auch an finanzielle Hürden. Letztlich muss jede Region individuell ein zweckmäßiges ÖPNV-Gesamtkonzept entwickeln. Die aufgezeigten Beispiele versuchen, die Bandbreite und Einsatzmöglichkeiten darzulegen und stets einen Gleichklang aus der Wirtschaftlichkeit der Verkehrsleistung, der Angebotsqualität für die Fahrgäste und der Klimaverträglichkeit des Gesamtverkehrs zu erreichen.

Im Ergebnis können neue Formen des Bedarfsverkehrs in ländlichen Räumen das Mobilitätsangebot verbessern. „ÖPNV-Aufgabenträger und Länder sollten dieses Potenzial nutzen“, heißt es in der Handreichung. Die Novelle des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) von 2021 habe den gesetzlichen Rahmen für mehrere flexible

Bedienformen modernisiert. Um in ländlichen Regionen das öffentliche Verkehrsangebot zu verbessern, sei vierorts der neu geschaffene Linienbedarfsverkehr (§ 44 PBefG) geeignet. Als Ergänzung des konventionellen Linienverkehrs ermöglicht er kürzere Zugangs-, Warte- und Fahrtzeiten im öffentlichen Nahverkehr. Davon würden insbesondere die elf Prozent der Erwachsenen in ländlichen Räumen ohne Zugang zu einem Pkw im Haushalt profitieren. Auch diene es dem Ziel der Bundesregierung, Erreichbarkeitsstandards in ländlichen Räumen zu etablieren.

Kompromiss zwischen Angebotsqualität und Wirtschaftlichkeit

Die Einführung von Linienbedarfsverkehr erfordere einen Kompromiss zwischen Angebotsqualität und Wirtschaftlichkeit: Höhere Qualität verursache steigende Kosten. Die Aufgabenträger könnten dies bei der Vergabe der Verkehrsleistung durch Vorgaben zum angestrebten Besetzungsgrad oder maximalen Umwegen beeinflussen.

Komfort und Reisezeiten sollten gegenüber dem Privat-Pkw nicht deutlich im Nachteil sein. Das erfordere meist einen dauerhaften Zuschuss zum Betrieb durch den Aufgabenträger. Lokale Gegebenheiten, wie regelmäßig angefahrne Regionalbahnhöfe oder eine kompakte Siedlungsstruktur, seien in der Lage, die Wirtschaftlichkeit

des Linienbedarfsverkehrs positiv zu beeinflussen. Besonders in dünn besiedelten Regionen könne der Linienbedarfsverkehr die Qualität des ÖPNV erheblich steigern. Auf Kernstrecken mit hohem Fahrgastaufkommen seien liniengebundene Verkehre wie Regionalzüge oder Plusbusse dagegen die effizientere Bedienform. „Welches Angebot sich besser eignet, hängt von Nachfrage und Bündelungspotenzial ab. Auch bei Tarif, Marketing und Fahrgastinformation sollten beide Bedienformen als gemeinsames System verstanden werden.“

Aufgabenträger finanziell unterstützen

„Bund und Länder sollten die Aufgabenträger beim Betrieb des Linienbedarfsverkehrs finanziell unterstützen – nur so lassen sich Verlagerungsziele hin zum ÖPNV erreichen“, lautet eine weitere Empfehlung. „Linienbedarfsverkehre werden deutliche Mehrkosten verursachen. Um sie über Pilotprojekte hinaus dauerhaft in das ÖPNV-System zu integrieren, benötigen die kommunalen Aufgabenträger des ÖPNV zusätzliche Unterstützung, die etwa über höhere Regionalisierungsmittel erfolgen kann. Das erfordert eine Erhöhung der bisher vereinbarten Bundesmittel.“

Um den Verkehr in ländlichen Räumen klimafreundlicher umzugestalten, brauche es koordinierte Maßnahmenbündel seitens der Bundesregierung. Neben der Förderung des ÖPNV seien Reformen nationaler Fiskalinstrumente notwendig, um klimaschädliche Privilegien und Subventionen schrittweise abzubauen. „Nur so können sowohl die Elektrifizierung als auch die Verhaltensänderung im Verkehr unterstützt und ein wirkungsvolles Gesamtpaket für den Klimaschutz geschnürt werden“, heißt es abschließend. □

Kreistag Bad Tölz-Wolfratshausen:

Einstimmiges Votum für MVV-Verbunderweiterung

Einstimmig hat sich der Kreistag des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen für den Beitritt des Süd-Landkreises zum Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) ausgesprochen. Damit gehört ab dem Fahrplanwechsel am 10. Dezember 2023 der gesamte Landkreis von der Jachenau bis Icking dem MVV an. Landrat Josef Niedermaier nannte den Beitritt einmal mehr einen „Meilenstein auf dem Weg zur Mobilitätswende“.

Bislang reichte der MVV-Verbund bis in die Mitte des Landkreises, die Stadt Bad Tölz und die Gemeinde Bad Heilbrunn gehören bereits dem Verbund an. Die Ausweitung des MVV-Verbundes auf den südlichen Landkreis war in den zuständigen Kreisgremien schon lange diskutiert und im vergangenen Jahr im neuen Nahverkehrsplan auf den Weg gebracht worden.

Konstruktive Begleitung

„Die Verbunderweiterung war ein zentrales Thema im Nahverkehrsplan, nun haben wir Taten folgen lassen, von denen nicht nur die Bürgerinnen und Bürger heute, sondern auch in Zukunft profitieren werden. Die Zeit der verschiedenen Tickets ist nun vorbei, die Verbunderweiterung ist die Voraussetzung für die Mobilitätswende“, plädierte Landrat Josef Niedermaier einmal mehr für die Verbunderweiterung und bedankte sich für das starke Votum des Kreistags sowie für die sehr konstruktive Begleitung und Zusammenarbeit mit dem Freistaat.

Demnach übernimmt der Landkreis die Durchtarifierungs- und Harmonisierungsverluste im ÖPNV, die Regiekosten der MVV GmbH, zehn Prozent der Durchtarifierungs- und Harmonisierungsverluste im SPNV sowie zehn Pro-

zent der notwendigen Erstinvestitionskosten. „Sowohl bei den Erstinvestitionen als auch bei den Durchtarifierungs- und Harmonisierungsverlusten im SPNV übernimmt der Freistaat den Großteil der Kosten, diese Chance müssen wir nutzen“, so Landrat Josef Niedermaier.

Laut Verkehrsminister Christian Bernreiter „sind das gute Nachrichten aus Bad Tölz. Vor allem für die Fahrgäste ist es eine tolle Nachricht, dass auch der südliche Teil des Landkreises im Dezember dem MVV beitreten wird. In Zukunft können sie im gesamten Landkreis und darüber hinaus von einheitlichen und meist auch günstigeren Ticketpreisen, abgestimmten Fahrplänen und einheitlichen Fahrgastinformationen profitieren. Das erleichtert den Zugang zum ÖPNV ungemein. Von Seiten des Freistaats unterstützen wir die Kommunen deshalb auf ihrem Weg in flächendeckende und leistungsfähige Verkehrsverbünde und übernehmen den Großteil der anfallenden Kosten. Auch der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen wird hiervon profitieren.“

Abgebildet wird der Beitritt u.a. im Tarifsystem. Die bislang sechs Zonen werden dann erweitert, im Landkreis gibt es dann die Zone 2 bis 9. Eingeschlossen sind sowohl der Bus- als auch der Schienenverkehr. □

Von Brandschützern und EMPL-Experten entwickelt:

Ein Econic für alle Fälle

Einzigartiges Löschfahrzeug für die Feuerwehr des Lkw-Montagewerks Wörth

Wörth/Kaltenbach – In Reih' und Glied sind die sechs Fahrzeuge vor den Toren der Feuerwache angetreten – jederzeit bereit, sofort auszurücken. Die Werkfeuerwehr des Mercedes-Benz Lkw-Werks in Wörth am Rhein ist genauso professionell ausgerüstet wie jede andere Berufsfeuerwehr. Die 34 Brandschützer tragen schließlich die Verantwortung für die mehr als 10.000 Mitarbeiter des weltgrößten Lkw-Montagewerks von Mercedes-Benz Trucks und ein Gelände, so groß wie 400 Fußballfelder. Ihr Alltag besteht vor allem aus Routineaufgaben, doch sie müssen auch für die besonderen Herausforderungen eines Fahrzeugwerks gerüstet sein. Diese können sich im Laufe der Zeit verändern. Deswegen benötigt die Werkfeuerwehr eine anpassungsfähige Ausrüstung. Nun ergänzt ein ganz besonderes Einsatzfahrzeug die Flotte, das genau dieser Anforderung entspricht.

Die Verantwortlichen bei der Werkfeuerwehr Wörth haben gemeinsam mit den Spezialisten für Feuerwehrfahrzeuge des Fahrzeugwerks EMPL ein einzigartig flexibles Löschfahrzeug auf die Achsen gestellt. Sebastian Schröder, stellvertretender Wachabteilungsleiter, und Marc Knoll, stellvertretender Leiter der Werkfeuerwehr, sind für die Fahrzeugbeschaffung verantwortlich und haben ein Industrielöschfahrzeug

geplant, das auf einem modularen Konzept basiert und zugleich Lösch- und Logistikaufgaben übernehmen kann. „So wie sich das Werk weiterentwickelt, so müssen wir auch den Gefahrenabwehrplan anpassen“, erklärt Marc Knoll.

Ideal als Basis für Löschfahrzeuge

Das Know-how der Brandschützer steckt im Aufbau und

auch im Trägerfahrzeug: ein Mercedes-Benz Econic 2635. Die Baureihe ist als Spezialist für kommunale Aufgaben bekannt. Der Niederflur-Lkw eignet sich aber auch hervorragend als Löschfahrzeug. 260 kW (354 PS) aus dem 7,7 Liter großen Reihensechszylinder OM 936 und 1.400 Newtonmeter maximales Drehmoment verleihen dem Econic eine der Größe des Werksgeländes angemessene Agilität.

Hohe Wendigkeit bei Mercedes-Benz Econic

Für das Econic-Fahrgestell spricht zudem die von Haus aus hohe Wendigkeit. Eine gelenkte Nachlaufachse verringert den Wendekreis des Dreieckers zusätzlich, so dass er alle Bereiche des Werksgeländes auf dem kürzesten Wege erreichen und sich auch durch Engstellen und zwischen Hindernissen hindurchmanövrieren kann.

Bayerischer Urban-Gardening-Kongress in Veitshöchheim:

Stadt trifft Garten

Mit dem Urban Gardening ist das Grün wieder in den Städten angekommen. Neben der umweltschonenden Produktion und dem Erhalt der biologischen Vielfalt steht beim Stadtgärtnern auch der soziale Austausch in Gemeinschaftsgärten im Vordergrund: So wird gemeinsam gepflanzt, gepflegt und geerntet. Immer mehr Städte schaffen dafür gärtnerisch nutzbare Freizeitanlagen. Doch wie geht es beim Urban Gardening weiter? Wie schließt die Stadtplanung von morgen das Urban Gardening schon heute mit ein? Antworten darauf – auch zum Anfassern – lieferte der 3. Bayerische Urban-Gardening-Kongress in Veitshöchheim, organisiert von der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau gemeinsam mit dem Verband Ehemaliger Veitshöchheimer, dem Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern sowie dem Bayerischen Landesverband für Gartenbau und Landespflege.

Rund 120 Teilnehmer informierten sich über aktuelle Themen des Urban Gardening. Informative Vorträge sowie die begleitende Fachausstellung, in der man neue Projekte und innovative Begrünungssysteme entdecken konnte, trugen zu einem regen Austausch bei.

Monika Egerer (TU München) präsentierte zunächst Erfahrungen und Forschungsergebnisse aus Gemeinschaftsgärten. Hier wurde transdisziplinär untersucht, inwiefern in solchen Gartenprojekten die biologische Vielfalt und Ökosystemleistungen verbessert werden können.

Wiener Erfahrungen

In Wien konnte die Höhere Bundeslehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau Schönbrunn Erfahrungen in verschiedenen Urban-Gardening-Projekten sammeln. Vor allem öffentliche Grünanlagen und historische Parks werden zunehmend für Gartenprojekte attraktiv. Neben der Gemeinschaft steht hier auch die Produktion von eigenem Gemüse im Vordergrund, wie Wolfgang Palme betonte.

Die „Maker of sustainable spaces“, zu Deutsch „Gestalter nachhaltiger Räume“, beschäftigen sich mit verschiedenen urbanen Gartenprojekten in den Niederlanden und darüber hinaus. Zahlreiche Möglichkeiten für eine nachhaltige Stadtentwicklung und mehr Grün auf Gebäuden wurden bereits weltweit umgesetzt. Sowohl Krankenhäuser als auch Restaurants und Hotel-Dächer eignen sich für verschiedene Begrünungsformen. Kelai Diebel präsentierte interessante Beispiele aus der ganzen Welt – von Berlin und Kopenhagen über Boston bis Singapur.

Die LWG Veitshöchheim betreute in den vergangenen Jahren Urban-Gardening-Demonstrationsgärten in ganz Bayern. Laut Gundula Holm (AELF Fürth-Uffenheim) und Florian Demling (LWG) entstanden ab 2019 aus einem Pilotprojekt in Fürth und Erlangen sechs neue Schaugärten. Von der Flächenvorbereitung über Führungen bis zur Ernte waren zahlreiche Kooperationspartner beteiligt.

Demonstrationsgärten

Unter dem Motto „Lust auf Gemüse in der Stadt“ wurden bis 2022 in den Demonstrationsgärten verschiedenste Anbaumethoden vom Hochbeet über den Kistengarten bis hin zum Anbau von Gemüse und Kräutern an der Wand gezeigt. Vor allem Familien und junge Erwachsene, die sich mit den Themen Saisonalität und Regionalität beschäftigen, fanden Anregungen und Beispiele für den Anbau gesunder Lebensmittel, auch als Beitrag zur Wiederbelebung der Stadtnatur.

Neue Nutzer

Mit dem Projektende 2022 wurden einige Demonstrationsgärten an neue Nutzer übergeben. Diese übernehmen die Betreuung und Pflege der Beete und bewirtschaften diese in:

- Schweinfurt (Unterfranken): Betreuung als Schulgarten durch das Olympia-Morata-Gymnasium und die Stadt Schweinfurt
- Bamberg (Oberfranken): Nutzung von Beeten am Amt für Ernährung, Landwirtschaft und im Gemeindegarten Zapfendorf
- Augsburg (Schwaben): Nutzung der Beete für ein soziales Projekt der Hochschule Augsburg

- Passau (Niederbayern): Betreuung als Studierendergarten der Universität Passau
- München (Oberbayern): Der Münchner Projektgarten erfährt Dank der großen Nachfrage aus der Bevölkerung und dem aktuellen Thema Klimafürsorge eine Neuausrichtung als Klimawandel-Garten. Die Eröffnung ist für Mai 2023 geplant.

In Kurzvorträgen stellten verschiedene Initiativen ihre Erfahrungen beim Gärtnern im städtischen Raum vor. Die Stiftungsinitiative der „Urbanen Gärten München“ setzt sich für den Erhalt der bestehenden urbanen Gärten und das Schaffen von weiteren Gärten ein, damit künftig allen Münchnern in fußläufiger Reichweite eine Möglichkeit zum Gärtnern zur Verfügung steht. Bildungsangebote wie der „Bodenkoffer“ sollen die Gärten unterstützen, um das Thema erlebbarer zu machen. Die lockere Gruppe „Essbare Stadt Bamberg“ von Transition Bamberg hat in den vergangenen Jahren bereits rund 70 Hochbeete in ganz Bamberg aufgestellt. Diese entstanden meist in Nachbarschaften und Anwohner können dann dort ihr eigenes Gemüse pflanzen und ernten.

Neumarkt und Nürnberg

Um einer Auflösung entgegenzuwirken, hat der Verein für Gartenbau und Landespflege Stadt Neumarkt „Urban Gardening“ für sich genutzt. Neue und jüngere Mitglieder konnten durch Gartenprojekte in der Stadt für den Verein gewonnen werden und somit für eine stabile Zusammensetzung sorgen. In Nürnberg entsteht aktuell ein weiteres Gartenprojekt in der Stadt: ein Weltacker. Nach dem Berliner Vorbild steht hier die Nachhaltigkeit der Nahrungsmittelproduktion im Vordergrund. Eine verdichtete Fläche wurde dazu entsiegelt und ab diesem Jahr als Schaufläche genutzt.

Fazit: Der Bayerische Urban-Gardening-Kongress zeigte zahlreiche neue Ansätze auf, wie Gärtnern in der Gemeinschaft und die Entwicklung von Städten in der Zukunft gestaltet werden kann. Deshalb ist Urban Gardening auch in Zukunft nicht nur ein Trend, sondern fester Bestandteil der Gesellschaft. **DK**

Beste Sicht und Hightech: Econic-Kabine bietet Brandschützern viele Vorteile

Eine weitere Besonderheit des Econic leistet zusätzlich wertvolle Dienste. Dank der großflächigen Verglasung der Niederflurkabine behält der Fahrer selbst im Gewimmel eines Werksgeländes den Überblick und sitzt darüber hinaus auf Augenhöhe mit Fußgängern und Radfahrern, so dass auch bei Blaulichtfahrten bestmögliche Sicherheit gewährleistet ist.

Auch bei Löscharbeiten ist die direkte Rundumsicht ein Vorteil. Der Wörther Econic ist mit einem Wasserwerfer ausgerüstet, der an der Stoßstange montiert ist. Die Besatzung kann ihn von der Kabine aus mit einem Joystick bedienen. Eine 360°-Bird-View-Kamera unterstützt die Mannschaft im Einsatz zusätzlich. An der Fahrzeugfront ist auch eine Wärmebildkamera installiert. Diese erlaubt es, Brandherde zu identifizieren und die Löscharüstung gezielt einzusetzen.

Flacher Einstieg ermöglicht schnelles und sicheres Einsteigen

Der niedrige Aufstieg ist ein weiterer Vorteil, den so nur die Niederflurkabine des Econic ermöglicht. Selbst in voller Montur und mit Atemschutzgeräten gelangt die Einsatzgruppe über zwei flache Stufen in Windeseile in die Kabine. Der niedrige Einstieg trägt obendrein zur Ar-

beitsicherheit bei. Im Inneren bietet das Fahrerhaus mit drei zusätzlichen zu Fahrer- und Beifahrerplatz vorhandenen Sitzplätzen große Bewegungsfreiheit. „Es gibt nichts Vergleichbares zur Econic-Kabine“, lobt Thomas Moigg, Sales Manager Feuerwehrfahrzeuge bei EMPL. Dadurch erübrigt sich eine spezielle Mannschaftskabine, die auf dem Fahrgestell wertvollen Platz beanspruchen würde, der dann für Geräte fehlt. Die effiziente Raumnutzung ermöglicht es, für das Löschfahrzeug ein Fahrgestell mit kurzem Radstand zu verwenden, das die gewünschte hohe Manövrierfähigkeit bietet.

Auch in Zukunft gut gerüstet: Aufbauelemente lassen sich tauschen

Einen Löschaufbau so zu gestalten, dass im Ernstfall jedes Ausrüstungsteil sofort zur Hand ist und jede Funktion schnell aktiviert werden kann, erfordert ebenfalls ein umfangreiches Know-how. Das besitzen die Experten von EMPL. Ihre Kunst besteht darin, jeden Quadratzentimeter der Ladefläche und jeden Kubikzentimeter des Aufbaus auszunutzen. Nur so lässt sich das anspruchsvolle Konzept des kombinierten Lösch- und Logistikfahrzeugs umsetzen. Der Clou ist dabei der mit Hilfe von Rollcontainern modular gestaltete Aufbau. Sie erlauben einerseits eine große Vielfalt an Beladungsmöglichkeiten und lassen sich anderer-

seits durch den Tausch von Modulen an veränderte Einsatzbedingungen anpassen. Mit Hilfe einer Hubladebühne lassen sich die Einsatzmittel schnell aus dem Fahrzeug entnehmen, um diese auch in die oberen Stockwerke des Werkes bringen zu können. Das modulare Konzept eröffnet der Werkfeuerwehr neben funktionalen auch deutliche wirtschaftliche Vorteile. Selbst wenn sich die Einsatzbedingungen in Zukunft ändern, muss sie nicht in ein zusätzliches oder neues Fahrzeug investieren.

Econic Industrielöschfahrzeug ist das Aushängeschild der Wörther Feuerwehr

Jedes Einsatzfahrzeug ist ein Unikat. Entsprechend wichtig ist die Ausbildung der Brandschützer, bis jeder Handgriff sitzt. Noch auf dem Übungsgelände von EMPL heißt es zum ersten Mal „Wasser marsch!“. Sobald das Nass wie gewünscht aus den Schläuchen schießt, kommt bei den Brandschützern Begeisterung auf. Das Feilen am einzigartigen Konzept hat sich gelohnt. „Der Econic der Werkfeuerwehr ist einzigartig und ein Aushängeschild für den Standort Wörth. Mit diesem Fahrzeug gehen wir einen weiteren Schritt auf dem Weg des modernen Brandschutzes und der Zukunftssicherheit“, resümiert Marc Knoll. Dann reiht sich das einzigartige Industrielöschfahrzeug in die Reihe der Fahrzeuge an der Wörther Feuerwache ein. **□**



Saubere Leistung.

Der Unimog hat auf zahlreiche Reinigungsanforderungen die passende Antwort. Mit dem Unimog Geräteträger lassen sich öffentlicher Raum und Betriebsflächen schnell und einfach säubern. Frontkehrbesen halten beispielsweise Baustellenbereiche sauber, Hochdruckreinigungsbalken entfernen Staub und Schmutz flächendeckend und Spezialgeräte wie Tunnelwasch-

geräte ersetzen eine ganze Flotte an Spezialfahrzeugen. Mit der ab Werk lieferbaren Vorrüstung für Aufbaukehrmaschinen ist selbst ein Kehraufbau in kurzer Zeit auf- und wieder abgebaut. Der schnelle Gerätewechsel ermöglicht, dass in einer Arbeitsschicht gleich mehrere Geräte eingesetzt werden können. Mehr unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-0, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Stadt Wallenfels:

Projekte für ein lebendiges Miteinander

2022 war ein gutes Jahr für die oberfränkische Stadt Wallenfels im Landkreis Kronach. „Auf dem Weg zu unserem gemeinsamen Ziel, unsere Stadt attraktiver und lebendiger zu machen, sind wir ein gutes Stück vorwärtsgekommen“, bilanziert Erster Bürgermeister Jens Korn. „Insgesamt haben wir Maßnahmen mit einem Volumen von 9,2 Millionen Euro umgesetzt.“

Im Mittelpunkt standen im vergangenen Jahr zahlreiche Bauprojekte. Mit voraussichtlich drei Millionen Euro ist das neue Feuerwehrgerätehaus laut Korn aktuell die größte Investition der Stadt Wallenfels und wohl auch die dringlichste: Das derzeitige Gebäude war bereits beim Bezug vor 40 Jahren nur ein Provisorium und stößt mittlerweile endgültig an seine Grenzen. So wird das neue Fahrzeug definitiv nicht mehr in die Halle passen, da das Gebäude zu niedrig ist. Seit Jahren mahnt die Kreisbrandinspektion bei ihren Besichtigungen einen Neubau an. 2014 hat sich der Stadtrat auf den Weg gemacht und eine Arbeitsgruppe gegründet. Die Suche nach einem geeigneten Ort gestaltete sich schwierig. Schließlich konnte der Ankauf und der Abriss des Woller-Geländes mit Mitteln der Förderoffensive Nordostbayern geschultert werden.

Bauamt auf Zeit

Da die Investitionskosten in Höhe von 3 Millionen Euro bei einer Förderung von lediglich 10

Prozent den städtischen Haushalt gesprengt und weitere Investitionen blockiert hätten, entschied sich Wallenfels für eine Kooperation mit der Sparkassentochter BayernGrund. Im Rahmen des „Bauamtes auf Zeit“ übernimmt das Unternehmen die Funktion des Bauherrn und finanziert die Maßnahme.

Neben der Neugestaltung der Einfriedung des Friedhofs steht unter anderem die Dorferneuerung in Wolfersgrün auf der



Jens Korn. Bild: Stadt Wallenfels

Agenda. Im Rahmen einer „Einfachen Dorferneuerung“ wird das Alte Schulhaus aktuell saniert und ertüchtigt. Das Amt für Ländliche Entwicklung fördert die Maßnahme, die voraussichtlich 550.000 Euro kosten wird, mit 90 Prozent. Ziel der Maßnahme ist, das Gebäude als Treffpunkt für die Bürger und ihre Vereine zukunftsgerichtet zu gestalten. Dabei kann Rathauschef Korn zufolge auf das beispielgebende Engagement der Bevölkerung bei der Sanierung des Gebäudes in den Jahren 2010 bis 2013 aufgebaut werden, bei dem rund 4.200 ehrenamtliche Stunden investiert wurden. Mit einer Fertigstellung ist bis zum Frühjahr 2023 zu rechnen.

„Als sich die Stadt Wallenfels 2013 auf den Weg zur Stadtsanierung gemacht hat, war sehr schnell klar: Schwerpunkt muss die Wiederbelebung des Marktplatzes sein“, betont Korn. Zunächst sollten die Freiflächen neugestaltet werden, dann wollte man die Gebäude in Angriff nehmen. Die Förderoffensive Nordostbayern, ein Sonderprogramm der Staatsregierung, stellte 2017 die Reihenfolge auf den Kopf. Der Freistaat finanziert damit die Revitalisierung oder den Rückbau leerstehender Gebäude mit 90 Prozent. Da das Förderprogramm zeitlich begrenzt war, mussten alle Anstrengungen auf die Häuser am Marktplatz konzentriert werden. Zwar konnten nicht alle Gebäude erhalten werden, jedoch machte die Sanierung der früheren Drogerie und einer ehemaligen Regionalbank große Fortschritte. Sobald deren Neugestaltung abgeschlossen ist, folgt die Sanierung des Platzes.

Gute finanzielle Entwicklung

„Nicht nur Projekte haben sich sehr gut entwickelt, sondern auch unsere finanzielle Situation“, berichtet der Bürgermeister. „Trotz der hohen Investitionen konnten wir weiter Schulden abbauen und mit der Stabilisierungshilfe in Höhe von 800.000 Euro hat uns der Freistaat Bayern zum Jahresabschluss noch einmal kräftig unter die Arme gegriffen.“ Angesichts laufender und anstehender Projekte sei die Hilfe dringend notwendig, stellt Jens Korn fest.

Auch die kommenden Jahre werden nach seinen Worten geprägt sein durch zahlreiche Investitionen im Bereich der Infrastruktur, aber auch bei den „weichen“ Standortfaktoren. Die Turnhalle und das ehemalige Schulschwimmbad sind die einzigen Bestandteile des Bildungszentrums, die noch nicht saniert sind. Bereits 2020 hat sich der Stadtrat daher für das Programm „Investitionspakt Sportstätten“ beworben. Das Konzept für den Umbau des Schwimmbads in eine Multifunktionshalle kam zunächst nicht zum Zug. Allerdings teilte die Regierung der Stadt im Sommer mit, dass eine Förderung trotzdem möglich ist. Für die geschätzten Kosten des Umbaus im Erdgeschoss von 1,7 Millionen Euro wurde ein Fördersatz von 90 Prozent in Aussicht gestellt. Für die Sanierung der Turnhalle müssen 1,6 Millionen Euro veranschlagt werden. Hier kann die Stadt mit einem Fördersatz von 75 Prozent rechnen. Die Baumaßnahme muss bis Ende 2025 abgeschlossen sein.

Höchste Priorität hat für den Stadtrat die Erhaltung des Freibades. Aus diesem Grund hat sich Wallenfels für das Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ mit einem Konzept zur Erneuerung der Anlage am Tanganger beworben.

Daraufhin stellte der Haushaltsausschuss des Bundestags eine 90 Prozent-Förderung in Höhe von 1,5 Millionen Euro in Aussicht. Mit diesen Mitteln soll im Wesentlichen die Technik des Bades auf den neuesten Stand gebracht werden. Ziel der Sanierung ist es, den Charakter der Anlage mit ihrem 50-Meter-Becken zu erhalten.

Als eine von sechs Modellkommunen im Landkreis Kronach beteiligt sich die Stadt Wallenfels seit 2019 an dem vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie geförderten Projekt „Kommunalentwicklung“. Dabei wird die Stadt bei ihren Entwicklungsbestrebungen von einem Team des Regionalmarketingvereins Kronach Creativ e.V. tatkräftig unterstützt und fachlich begleitet. Mit innovativen Ansätzen und konkreten Mitmach-Projekten sollen die Bürger dazu moti-

viert werden, aktuelle und künftige Herausforderungen gemeinsam anzugehen und zu meistern. Mit dem Stadtrat wurde ein Aktionsplan mit konkreten Zielen, Handlungsfeldern und Maßnahmenvorschlägen erarbeitet. Er bildet eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung der Stadt zu einer vitalen und lebenswerten Kommune.

Wohnraum

Um dem Einwohnerverlust entgegenzuwirken, braucht Wallenfels neben einer bedarfsgerechten Infrastrukturversorgung dringend ein angemessenes Angebot an attraktivem Wohnraum. Damit in den kommenden Jahren mehr Wohnraumangebote geschaffen werden können, sollen vorrangig drohende und bereits bestehende Leerstände einer neuen, sinnvollen Nutzung zugeführt werden. Durch

eine Sonderförderung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie konnte nun im Rahmen des Projekts „Kommunalentwicklung“ ein bedarfsorientiertes Beratungsangebot für sanierungswillige Immobilieneigentümer sowie potenzielle Käufer auf den Weg gebracht werden, erklärt Bürgermeister Korn.

Positiv zu bewerten sei zudem, dass der Markt Steinwiesen und die Stadt Wallenfels sich dazu entschlossen haben, das bereits seit dem Jahr 2013 vorhandene Stadtumbaumanagement erneut zu verlängern. Damit steht den Einwohnern beider Kommunen weiterhin eine kostenlose Beratung rund um das Thema Immobilien zur Verfügung. Auch kann das interkommunale Förderprogramm von Immobilienbesitzern, deren Häuser im Förderbereich liegen, nach wie vor in Anspruch genommen werden. **DK**

Hebammenvermittlung im Landkreis München

Kooperation mit HebaVaria gestartet

Viele Schwangere suchen verzweifelt nach einer Hebamme, die sie nach der Geburt ihres Kindes betreut und ihnen mit Rat und Tat in den ersten Wochen zur Seite steht. Um diesen Frauen zu helfen, kooperiert der Landkreis München ab sofort mit dem Verein für Hebammenarbeit HebaVaria g.e.V.

Häufig erhalten Frauen bei der Suche nach einer wohnortnahen Hebamme erst einmal eine Absage, weil zu ihrem errechneten Geburtstermin diese Hebamme bereits ausgebucht ist. Besonders in der Urlaubszeit ist es schwierig, eine Hebamme zu finden.

Die Fachstelle AndErl – Frühe Hilfen im Landratsamt München hat sich dem Problem angenommen und eine Kooperation zwischen dem Landkreis München und dem Verein für Hebammenarbeit HebaVaria g.e.V. auf die Beine gestellt.

Seit Anfang 2023 beteiligt sich der Landkreis München finanziell und konzeptionell an der Ausweitung der Angebote des vor vier Jahren für die Landeshauptstadt München ins Leben gerufenen Vereines auf den Landkreis München.

Vermittlungszentrale ab der 34. Schwangerschaftswoche

Der Verein will die Suche nach einer Hebamme im Landkreis München erleichtern, indem Schwangere ab sofort auf die Vermittlungszentrale des Vereins zu-

greifen können. Auch die Hebammenhotline ist nun für werdende Mütter aus dem Landkreis nutzbar. Wer bis zur 34. Schwangerschaftswoche noch keine Hebamme gefunden hat, kann sich bei HebaVaria registrieren lassen. Bei allen mit HebaVaria kooperierenden Hebammen wird anschließend mehrfach angefragt, ob sie offene Kapazitäten für die Betreuung einer Familie haben. Bei einer positiven Rückmeldung werden die Schwangeren umgehend informiert und der Kontakt zur Hebamme hergestellt.

„Aufgrund der angespannten Versorgungssituation finden immer mehr Frauen keine Hebamme. Dabei hilft kompetente Unterstützung durch eine erfahrene Hebamme vor, während und ganz besonders nach der Geburt in der ersten Zeit mit dem Neugeborenen. Ich freue mich sehr, dass es gelungen ist, eine Kooperation mit HebaVaria einzugehen und bin zuversichtlich, dass wir dadurch werdenden Eltern aus dem Landkreis helfen können, die oft so dringend benötigte Unterstützung zu finden“, so Landrat Christoph Göbel. **□**



V.l.: Yvonne Griefshammer, Sachgebietsleiterin AndErl – frühe Hilfen, Landrat Christoph Göbel, Melanie Marwitz (2. Vorsitzin HebaVaria), Elisabeth Bender (Finanzvorständin HebaVaria) und Leonie Ebeling (1. Vorsitzin HebaVaria). Bild: LRA München

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich vertrete die Gemeinde Hafenhof mit rund 1.850 Einwohnern. Gelegen am Main und direkt angrenzend an den Spessart im gleichnamigen Landkreis Main-Spessart.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Erster Bürgermeister bin seit dem 01.05.2008, ich übe das Amt als ehrenamtlicher Bürgermeister aus.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Vor dem Amtsantritt und während meiner ersten fünf Jahre als Bürgermeister, war ich Beam-



Thorsten Schwab, MdL

Erster Bürgermeister der Gemeinde Hafenhof

ter im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz und dort in der Online-Kommunikation tätig. Seit September 2013 bin ich Abgeordneter des Bayerischen Landtages; das Bürgermeisteramt führe ich seit nun schon fast zehn Jahren ehrenamtlich nebenher aus.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Die Kommunalpolitik fing früher als das Bürgermeisteramt an. Hafenhof ist mein Heimatort und da war ich auch schon immer engagiert. Als Ministrant, Jugendgruppenleiter oder Pfarrgemeinderat. Es war mir schon immer wichtiger mitzugestalten, anstatt nur zu kritisieren. 1996 wurde ich von meinem Bürgermeister-Amtsvorgänger gefragt, ob ich nicht auf der Gemeinderatsliste mitmachen möchte. Das hat mich sehr gefreut, denn die Möglichkeit sich in der eigenen Kommune einbringen zu können, fand ich sehr reizvoll. Leider ist die Bereitschaft und der Einsatz sich kommunalpolitisch zu engagieren bei vielen heute nicht mehr so ausgeprägt, egal bei welcher Partei. Das finde ich sehr schade, denn es braucht Menschen, die ihre Ideen einbringen und unsere Kommunen weiterentwickeln wollen.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Als 2008 mein Vorgänger nicht mehr als Bürgermeister kandidierte war ich schon sechs Jahre Gemeinderat, CSU-Ortsvorsitzender und stv. CSU-Kreisvorsitzender. Die Kommunalpolitischen Themen waren mir sehr gut bekannt. Hilfreich waren Seminare der Hanns-Seidl-Stiftung oder des Gemeindetages, bei denen es um kommunalrechtliche Fragen ging.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Von 2008 bis heute hat sich vor allem im Bereich der Kinderbetreuung in unseren Kitas und der Grundschule enorm viel getan. Damals gab es im Kindergarten zwei Gruppen mit sechs Mitarbeiterinnen. Im Laufe der Jahre haben wir das Betreuungsangebot enorm ausgebaut. Heute haben wir zusätzlich zwei Krippengruppen, 13 Mitarbeiterinnen und eine Hauswirtschaftsmeisterin in der Einrichtung. Ebenso ist es in der erweiterten Nachmittagsbetreuung in der Grundschule.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Wir hatten einige Jahre für den Bau einer Umgehungsstraße mit integriertem Hochwasserschutz gekämpft. Wir freuen uns sehr darüber,

dass die Umgehung für unsere vielbefahrene Ortsstraße St2315 mit über 10.000 Fahrzeugen pro Tag seit diesem Jahr gebaut wird. Eine solche Großbaustelle mit einem Volumen von rund 30 Mio. Euro bringt natürlich auch so ihre Nebenwirkungen mit sich. Aber ohne Baustelle keine Umgehung und keine Entlastung. Die drei Jahre Bauzeit werden wir überstehen. Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Gerade in Unterfranken ist die Trockenheit der vergangenen Jahre ein großes Problem. Unser Wald leidet sehr unter der Hitze und bräuhete dringend mehr Niederschläge. Wir müssen unseren Gemeindeveld und den gesamten Spessart durch gezielten Waldumbau fit machen für die klimatischen Veränderungen. Mit einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung müssen wir neue Laubbäume etablieren, die mit den Bedingungen besser zurecht kommen. Hier bieten sich Baumarten an, die derzeit in Südfrankreich in einem Klima wachsen, das wir nach Prognosen auch bei uns bekommen werden.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Immer positiv in die Zukunft blicken. Keine Probleme sehen, sondern Herausforderungen. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sollten gestalten und motivieren und so ihre Gemeinde für Ideen begeistern. Was gibt es denn Schöneres als Bürgermeister zu sein!

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Ich führe Gespräche mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und informiere über Messenger-Nachrichten. In der Gemeinde gibt es selbstverständlich Bürgerversammlungen, aber zusätzlich auch bei wichtigen Themen Bürger-Infoveranstaltungen. Im Gemeinderat werden alle Ratsmitglieder gleichermaßen informiert.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Selbstverständlich muss Kommunalpolitik und müssen Kommunen auch weiterhin analog funktionieren, manche können nicht, manche wollen nicht. Aber der Einfluss der Digitalisierung wird steigen und das ist auch absolut notwendig! Mit dem Handy steuern wir Waschmaschinen, können uns auf unser Auto und Wohnhaus aufschalten und Einstellungen vornehmen. Da ist es selbstverständlich, dass wir auch Verwaltungsleistungen bequem von der Couch aus mit dem Tablet oder Handy erledigen können. Digitale Medien sind auch für die Bürger-Information von großer Bedeutung. Unmittelbar nach wichtigen Gemeinderatsentscheidungen informiere ich beispielsweise über eine kurze „Hafenhof-Info“-Nachrichtensendung. Einzusehen unter www.hafenhof.de – das schauen jüngere, aber auch ein Großteil der älteren Bürgerinnen und Bürger meiner Gemeinde.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Ohne positive Einstellung gibt es keine positiven Taten.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Es geht ja nicht darum sich Denkmäler zu setzen oder Ähnliches. Wenn ich zurückblicke möchte ich erstmal selbst zufrieden sein mit dem was umgesetzt werden konnte. Wenn die Menschen dann gerne an diese Zeit zurückdenken, dann würde mich das freuen. **□**



V.l.: Thomas Eckert (Vorstandsvorsitzender der DÖMGES Architekten AG), Norbert Sterl (Leiter des Staatlichen Bauamts Passau), Staatsministerin Michaela Kaniber, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Staatsminister Hubert Aiwanger, Dr. Bernhard Widmann (Leiter des TFZ), Dr. Vanessa Roden (Direktorin des NAWAREUMS) und Oberbürgermeister der Stadt Straubing Markus Pannermayr. Bild: NAWAREUM

Stadt Straubing:

Feierliche Eröffnung des neuen Mitmach-Museums NAWAREUM

„Energiewende, Klimaschutz, Ernährung und die Nutzung nachwachsender Rohstoffe sind Themen, die uns alle angehen. Im NAWAREUM erhalten Groß und Klein Impulse, wie man selbst im Alltag aktiv werden kann. Es ist ein Ort, an dem man Nachhaltigkeit mit allen Sinnen erleben und verstehen kann. Das NAWAREUM ist ein absolutes Glanzstück geworden und wir wünschen ihm alles Gute“, so die Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Michaela Kaniber.

„Zusammen mit den Bürgern und Unternehmen forcieren wir in Bayern einen Wandel zu er-

neuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen. Dabei brauchen wir die Unterstützung und den Tatendrang jedes Einzelnen. Für jedermann zugänglich zeigt das NAWAREUM die Chancen dieses Wandels auf, macht Natur und Technik erlebbar und verdeutlicht die Zusammenhänge. Die Eröffnung des NAWAREUMS ist daher ein Meilenstein für Energiewende und Bioökonomie in Bayern. Ich bin mir sicher, dass hier in Straubing einmal mehr viele gute Ideen und wichtige Schritte für ein zukunftsfähiges Bayern ihren Anfang nehmen werden – bei einem Besuch im NAWAREUM“, betont Hubert Aiwanger, Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie.

Nachhaltigkeit und Klimaschutz erleben

Das NAWAREUM ist ein Museum für alle Altersklassen, das seine Gäste dazu einlädt, mit Spaß und Experimentierfreude in das Thema Nachhaltigkeit einzutauchen. Auf das Publikum wartet eine bunte Mischung aus Natur und Technik, Kunstwerken und Spielen, Wissen und Inspiration. Neben der Ausstellung gehören auch das Gebäude selbst, das Inspiration für nachhaltiges Bauen liefert und der umliegende Garten, in dem man nachwachsende Rohstoffe mit allen Sinnen erleben kann, zum Erlebnis NAWAREUM.

Auf drei Etagen und 1.250 m² ist Anfasseln, Ausprobieren und Austauschen ausdrücklich erwünscht. Es gibt Mitmach-Stationen, eine begehbare Pflanzenzelle, interaktive Spieltische und als besonderes Highlight lädt eine hölzerne Rutsche mitten im Gebäude zu einer rasanten Rutschpartie ein. Die Ausstellung ist für Kinder ab 12 Jahre konzipiert. Eine Reihe eigener Stationen, die mit einem kleinen Diamanten gekennzeichnet sind, geht speziell auf das Interesse von Kindern zwischen 6 und 12 Jahren ein.

Museumspädagogisches Angebot

Das Museum kann auf eigene Faust erkundet werden oder im Zuge einer Führung. Für Schulklassen gibt es neben den Führungen derzeit drei verschiedene Angebote: Kinder im Vorschulalter und bis zur vierten Klasse können einen Geheimnisbaum

entdecken und dabei spannende Rätsel rund um den Wald lösen. Von der 1. bis zur 13. Klasse können Schülerinnen und Schüler mit einer Reihe von Experimenten in die Welt der erneuerbaren Energien eintauchen. Ein weiteres Angebot, das vom Vorschulalter bis zur 13. Klasse möglich ist, beschäftigt sich mit dem Wert von Lebensmitteln und nachhaltiger Ernährung.

Museumsgarten und Architektur

Rund um das Haus lädt der Museumsgarten zum Erforschen und Verweilen ein. Hier wird der Begriff „nachwachsende Rohstoffe“ lebendig, denn hier gibt es eine Vielfalt unterschiedlicher Pflanzen zu bestaunen, die auch Teil der Ausstellung sind: Verschiedene Getreidesorten, unterschiedliche Ölpflanzen und aromatische Heil- und Gewürzpflanzen. Dazu insektenfreundliche Blühpflanzen, die zur Energiegewinnung genutzt werden, Pflanzen, deren Fasern zur Herstellung von Stoffen verwendet werden und Sträucher, in denen Vögel und andere Tiere Futter und Schutz zugleich finden. Eine natürliche Oase, die frei zugänglich ist und somit dazu einlädt, dass die Bevölkerung sie auch unabhängig von einem Besuch in der Ausstellung zum Erkunden oder Entspannen nutzt. Dank barrierefreier Wege ist das auch mit Kinderwagen und Rollstuhl möglich.

Das moderne Gebäude des NAWAREUMS – entworfen vom Architekturbüro DÖMGES aus Regensburg – ist selbst ein Ausstellungsstück. Die 79 freistehenden Lärchenstämme der Südfassade aus den Bayerischen Staatsforsten werden dem Thema der nachwachsenden Rohstoffe gerecht. Sie symbolisieren eine Baumallee entlang der Glaselemente der Fassade. Im Eingangsbereich weitet sich die Allee zu einem kleinen Vorplatz mit in der Tiefe gestaffelten Holzstämmen. Eine verglaste Öffnung im Vordach setzt hier einen Lichtpunkt, der an eine Waldlichtung erinnern soll. Die 11,50 m hohen Baumstämme aus dem nahen Bayerischen Wald sind in ihrer Oberfläche naturbelassen. Sie tragen zum Teil die auskragende Dachkonstruktion.

Passivhaus-Standard

Das Staatliche Bauamt Passau fungierte als Bauträger des Projekts. Ziel war es, die hohen Standards eines Museumsbaus mit dem energetischen Standard eines Passivhauses zu vereinbaren. Die Bauteile sind, wo immer möglich, aus nachwachsenden Rohstoffen konstruiert – so zum

GZ PINOS WELT

10,5, 15, 18. Was sagen Ihnen diese Zahlen? Richtig, das sind, in Prozent, die Tarifforderungen der Gewerkschaften für den öffentlichen Dienst der Kommunen und des Bundes, der Post und der Eisenbahner.

Einerseits ist es bei einer Inflationsrate zwischen acht und neun Prozent und besonders hohen Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und Energie verständlich, dass die Arbeitnehmer in diesem Jahr einen tüchtigen Nachschlag fordern. Und so ein alter Kater wie ich weiß natürlich auch, dass man nie mit einer Zahl als Ergebnis aus Tarifverhandlungen rauskommt, mit der man hineingegangen ist.

Klar ist auch, dass man es im Vorfeld, bei den Verhandlungen, so richtig rumpeln lassen muss. Da sind die Muskeln anzuspannen und zu zeigen, da ist zu jammern und zu klagen, da müssen die Trillerpfeifen glühen und die Tränen fließen bei den Geschichten der Mitarbeiter,



beiten müssen. Schüler und Studenten können in den Disziplinunterricht wechseln, also von zuhause aus vor der Computerkiste lernen. White-collar-Arbeitnehmer wechseln einfach ins Homeoffice und lassen die Streikenden am Wege stehen. Betroffen sind die, die zwingend persönlich am Arbeitsplatz sein müssen, in der Produktion, der Pflege, in Betreuungseinrichtungen, in Servicebereichen.

Diese Leute wurden am Freitag auch noch verhöhnt, weil der ÖPNV-Streik verbunden wurde mit den Klimaaktionen von Fridays for Future und anderen obskuren antikapitalistischen Initiativen. Was könnte es für das Klima Besseres geben, als die Stadtbusse im Depot zu lassen und den Leuten klar zu verstehen zu geben, dass es wichtig ist, auch in der Stadt ein Auto zur Verfügung zu haben, wenn man mobil bleiben will?

Ein weiterer Gipfel des Zynismus war die Ankündigung, ausgerechnet am 8. März die Kindertagesstätten und Horte zu bestreiken. Dieser Tag war in kommunistischen Ländern als internationaler Frauentag bekannt und wird in bisher streng sozialistisch regierten Ländern wie Berlin immer noch als Feiertag geführt. Da ist es doch eine besonders schöne Geste, ausgerechnet zu diesem Datum den Frauen das Leben noch etwas schwerer zu machen, die ohnehin schon die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu managen haben.

Ich bitte, mich jetzt nicht falsch zu verstehen – die Tarifautonomie und das Streikrecht sind ein hohes Gut. Aber ernsthaft wird es doch auch im öffentlichen Dienst auf ein Ergebnis um die 5,2 bis 6,5 Prozent hinauslaufen, wie bei Metall und Chemie. Da mag es ganz angebracht sein, zu poltern und zu drohen, um den Mitgliedern zu zeigen, wie sehr man sich einsetzt. Aber die Bürger als Geißel nehmen? Schließlich schaden Streiks im öffentlichen Sektor nicht den Arbeitgebern, sondern nur den Bürgerinnen und Bürgern.

Obwohl ich mich auch an Streiktagen nicht aus meiner Komfortzone bewegen muss, fielen mir doch die Worte Hans Magnus Enzensbergers ein: „Mürrische Leute, die andere mit ihrem Problem behelligen, die halte ich für rücksichtslos.“

Ihr Pino

Streikrecht oder Gipfel des Zynismus?

die kaum über die Runden kommen mit dem bisschen Geld, was ihnen der Arbeitgeber gibt (mit Verlaub: und das nach Steuern und Sozialabgaben noch im Geldbeutel bleibt). Auch Warnstreiks sind legitim, keine Frage, die sind ein integraler Bestandteil von Tarifverhandlungen, gehören zum Ritual der Tarifautonomie und ein bisschen sicherlich auch zur Rechtfertigung der Daseinsberechtigung so manches Gewerkschaftssekretärs.

Aber seit dieser und letzter Woche frage ich mich ernsthaft, ob nicht langsam die Grenzen zwischen Warn- und Flächenstreiks verwischen. Beispiel ÖPNV: Ein Warnstreik ist für mich, wenn die Busse zwischen Betriebsbeginn und sagen wir mal 9:00 Uhr im Depot bleiben und der Berufsverkehr gestört wird. Ärgerlich, aber für Arbeitnehmer wie Schüler organisierbar. Letzte Woche wurde halb Bayern einen ganzen Tag lang lahmgelegt, München sogar zwei Tage hintereinander. Da soll doch kein Arbeitgeber mehr gewarnt werden, da werden einfach die Bewohner der größten Städte schikaniert. Und an wem wird dieser Streik besonders ausgelassen? An den kleinen Leuten und denjenigen, die stationär ar-

Beispiel die tragenden Außenwände und Dachtragwerk aus Holzrippenplatten, Stützen aus Leimholz oder die Dämmung von Fassade und Dach aus Holzfaserplatten und -matten.

Innovative Energieversorgung

Die zur Versorgung des Gebäudes mit 2.450 m² Nutzfläche notwendige Heizenergie und Prozesskälte wird über Geothermie aus rund 40 Erdwärmesonden in Verbindung mit einer Wärmepumpenanlage gewonnen. Ergänzt durch den Einsatz von Solar- und Photovoltaikanlagen, kann die Energieversorgung des Gebäudes weitgehend über regenerative Energieträger gedeckt werden. Zum Passivhaus-Standard gehört zudem eine besonders wirksame Dämmung von Außenwänden, Boden und Dach, die Dreifach-Verglasung der Fensterflächen sowie die moderne Lüftungstechnik mit Wärmerückgewinnung. Auf dem begrünten Dach befinden sich neben verschiedenen Pflanzen 270 Quadratmeter Photovoltaik- und 130 Quadratmeter Solarthermie-Kollektoren.

Barrierefreiheit

Das NAWAREUM ist ein Ort für alle. Es wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, um den Besuch möglichst barrierearm zu gestalten. In Zukunft sollen Führungen für blinde und sehbehinderte Menschen angeboten werden. Im Außenbereich des Museums gibt es ein taktiles Bodenleitsystem. Es führt vom Parkplatz zum Haupteingang und von dort zur Kasse, zum Aufzug und zu den

Treppen. Der Rundgang durch die Dauerausstellung ist rollstuhlgerecht. Bis auf das Dachgeschoss, das einen Ausblick auf die Solarthermie- und Photovoltaik-Anlagen bietet, sind alle Stockwerke mit dem Aufzug erreichbar. Die Videos in der Ausstellung enthalten optionale englische Untertitel. Für gehörlose oder hörbehinderte Menschen weisen alle Videos darüber hinaus entweder eine Übersetzung in Deutscher Gebärdensprache (DGS) oder deutsche Untertitel auf.

Zukunft nachhaltig gestalten

Das NAWAREUM möchte Lösungen für die Zukunft aufzeigen und ein offener Ort sein,

der zu Inspiration und Austausch einlädt. Zu diesem Zweck sind laufend weitere Veranstaltungen geplant, die sich jeden Monat an einem Thema orientieren.

„Viele Menschen fühlen sich im Angesicht der Umweltzerstörung hilflos – die Klimakrise, die Zerstörung von Habitaten, und die Flut an Müll auf dem Land und im Wasser machen vielen von uns große Sorgen. Im NAWAREUM möchten wir nicht nur über diese Herausforderungen informieren, wir möchten auch Lösungsansätze aufzeigen und wieder gemeinsam etwas hoffnungsvoller in die Zukunft blicken“, so Dr. Vanessa Roden, Direktorin des NAWAREUMS. □

Gemeinde Landensberg:

Jüngster Bürgermeister im Landkreis Günzburg verstorben

Der Bürgermeister der Gemeinde Landensberg Johannes Böse ist aus dem Leben geschieden. 2020 wurde Böse mit gerade 23 Jahre zum jüngsten Bürgermeister im Landkreis Günzburg gewählt. Sein so unerwarteter Tod brachte in die 700-Seelen-Gemeinde große Trauer und Betroffenheit.

„Johannes Böse bereicherte mit seiner stets fröhlichen und humorvollen Art das Gemeindeleben“, schreibt sein Stellvertreter Friedrich Grasberger in einem Nachruf. Als ehrenamtlich tätiger Bürgermeister fand er trotz seiner jungen Jahre stets die richtigen Worte zu freudigen ebenso wie zu traurigen Anlässen. Böse traf die richtigen Entscheidungen, forcierte mit vorausschauendem Blick weichenstellende Entwicklungen und hatte eine standhafte Meinung. In der Orts- und Vereinsgemeinschaft der am westlichen Rand der auch „Holzwinkel“ genannten Landschaft im nördlichen Teil des Naturparks Augsburg-Westliche Wälder war Johannes Böse tief verwurzelt und packte überall schwingvoll an. Böse war auch Mitglied des Schulverbandes Mittelschule Burgau. Landrat Hans Reichhart erinnert in seinem Nachruf, wie der junge Bürgermeister zu Beginn seiner Amtszeit die große Herausforderung der Corona-Pandemie meisterte.

hajo

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,

Jan Kiver

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Sebastian Franz (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:

Monika Steer (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-12

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 57 vom 01.01.2023

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen:

Bildungsnetzwerk für nachhaltige Entwicklung

Bildungsakteure aus dem Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen haben sich in einem der frisch renovierten Räume des Kreisbildungswerks im Kloster Beuerberg zum zweiten Treffen des neu gegründeten Netzwerks „Bildung für nachhaltige Entwicklung im Oberland“ getroffen. Ziel des Netzwerkes ist es, die Bildung für nachhaltige Entwicklung im Landkreis zu stärken. Erste Umsetzungsschritte sind die Einrichtung einer Online-Plattform und regelmäßige Netzwerktreffen.

Das Konzept Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) entstand bereits vor einiger Zeit aus den wachsenden Herausforderungen unserer Zeit, wie dem Klimawandel, dem Verlust der Artenvielfalt und dem notwendigen Umstieg auf regenerative Energien. Diese machen nicht nur sofortiges Handeln notwendig, sondern verpflichten uns auch dazu, uns selbst und kommende Generationen auf den Umgang mit diesen Herausforderungen vorzubereiten.

Bildung für nachhaltige Entwicklung setzt dabei auf handlungsorientierte, innovative Pädagogik, um Lernende in die Lage zu versetzen, sowohl Verständnis als auch Kompetenzen zu entwickeln, um im Sinne einer nachhaltigen Transformation der Gesellschaft zu handeln.

Um BNE im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen zu stärken und damit wichtige Impulse zum konkreten Handeln für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu geben, wurde auf Initiative der Umweltstation Ökologische Akademie e.V. und unterstützt

Überblick über bestehende Angebote

gogik, um Lernende in die Lage zu versetzen, sowohl Verständnis als auch Kompetenzen zu entwickeln, um im Sinne einer nachhaltigen Transformation der Gesellschaft zu handeln.

vom Klimaschutzmanagement des Landkreises im Herbst letzten Jahres ein Bildungsnetzwerk für nachhaltige Entwicklung im Oberland ins Leben gerufen. Ein Ziel des Netzwerkes ist es, bestehende Angebote im Landkreis sichtbarer zu machen sowie neue Lernorte und Bildungsangebote zu schaffen. „Zahlreiche qualifizierte Bildungsakteure bieten bereits eine Vielfalt an interaktiven Angeboten für Schüler jedes Alters an und decken dabei bereits ein breites Themenspektrum ab. Auch an motivierten Lehrerinnen und Lehrern, die ihren Schülern den Erwerb entsprechender Kompetenzen ermöglichen wollen, mangelt es nicht“, wie Elke Keil, Fachbera-

terin für Umwelterziehung und Lehrerin in der Jahn-Grundschule in Bad Tölz, bekräftigt. Einzig die engere Kooperation zwischen diesen beiden Parteien (Schulen und externen Kooperationspartnern) fehlt und genau an dieser Stelle kommt das neu gegründete BNE-Netzwerk zum Einsatz. Als ersten Schritt will das Netzwerk eine Online-Informationsplattform als zentrale Anlaufstelle für BNE-Interessierte einrichten, die einen Überblick über die Fülle und Bandbreite bestehender Angebote verschafft und darüber hinaus auch außerschulische Lernorte sichtbar macht.

Langfristige Perspektive

Auch die Vernetzung und Kooperation der Bildungsakteure untereinander ist ein weiteres Ziel und Voraussetzung für die Erweiterung der Bildungslandschaft im Landkreis. Regelmäßige Netzwerktreffen sollen darüber hin-



„Netzwerkerinnen bei der Gründung“: v. l.: Doris Linke (Zentrum für Umwelt und Kultur Benediktbeuern), Elisabeth Freundl (Bürgerstiftung Energiewende Oberland), Ann-Kathrin Speidel (Jugendsiedlung Hochland e.V.), Elisabeth Necker (Revierförsterin AELF Holzkirchen), Veronika Böhm (Klimaschutzmanagerin, LRA), Angelika Sanow (Ökologische Akademie e.V.), Johanna Bartsch (CreNatur), Beate Hafner (KBW Bad Tölz-Wolfratshausen), Margret Hütt (Gebietsbetreuerin LRA), Elke Keil (Fachberaterin Umwelterziehung und Lehrerin der Jahn-Grundschule Bad Tölz). Foto: Dorothea Bigos, Kreisbildungswerk.

Bild: Dorothea Bigos, Kreisbildungswerk

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt die GZ-Eigenbeilage „Aktuelle Herausforderungen im kommunalen Straßenbau“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Bezirk Mittelfranken:

Neue Broschüre der Limesfachberatung

Was Mittelfrankens einziges UNESCO-Weltkulturerbe, der Obergermanisch-Rätische Limes, zu bieten hat, darüber gibt eine kostenlose Publikation der Limesfachberatung des Bezirks Mittelfranken Auskunft. Auf 50 Seiten finden Interessierte Führungen über das Leben am Limes, Aktionen wie den Auftritt der Bataver-Kohorte mit römischen Lagerleben oder interessante Vorträge und Ausstellungen rund um die 69,3 Kilometer lange Strecke des einstigen römischen Grenzwalls zwischen Mönchsroth und Raitenbuch.

Angefordert werden kann die Broschüre per eMail an limesfachberatung@bezirk-mittelfranken.de. Außerdem steht sie auf der Homepage des Bezirkes unter www.bezirk-mittelfranken.de im Bereich Kultur & Heimat/Heimatspflege/Limesfachberatung zum kostenfreien Herunterladen bereit.

Vorschau auf GZ 6/2023

In unserer Ausgabe Nr. 6, die am 23. März 2023 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Finanzthemen
- Wasser - Abwasser
- Kommunaler Bau: Krankenhäuser · Pflegeheime · Gerontotechnik · Rehabilitation · Schulen · Kindergärten, Horte · Spielplätze
- Kommunal-Marketing · Stadtmarketing
- Sicherheit und Arbeitsschutz
- Brand- und Katastrophenschutz · Extremwetterereignisse

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahrenn-koch.de info@fahrenn-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
www.etsch.de

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

Gemeindezeitung auf folgenden Social Media Kanälen:



Energiedienstleistung

energie schwaben

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahrenn-koch.de info@fahrenn-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerbering 23 • D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 • www.fahrenn-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Glasfaserausbau

GLASFASER
Schnell. Stabil. Zukunftssicher.
www.telekom.de/glasfaser

UG Unsere Grüne Glasfaser
Adalperstraße 82-86
85737 Ismaning

VERNETZEN SIE IHRE GEMEINDE MIT DER ZUKUNFT.
Jetzt UGG-Glasfaser-Ausbaukapazitäten für 2023 sichern unter: **0800 410 1 410 111**
powered by Allianz

Informationssicherheit und Datenschutz

Daten schützen. Förderung nutzen!

DSGVO ext. DSB ext. ISB LSI-Siegel BSI Kommunal CISIS12 Schulungen eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunale Fachmedien

Flamingos haben wir nicht!

Aber wir bieten komplette Lösungen für öffentliche Verwaltungen:

Zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de **schweitzer** Fachinformationen

GZ Akademie

Termine unter:
www.gemeindezeitung.de/akademie

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de **Bayern Grund**

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette **Produktpalette** für effektive Räumarbeiten

BUCHER municipal
Driven by better

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimbstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

KFB Leasingfinanz GmbH

Kommunales Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de



Photovoltaik

UNTERHOLZNER ENERGIELÖSUNGEN

- Photovoltaik
- Batteriespeicher
- Ladeinfrastruktur
- Lastmanagement
- und mehr

Tel. +49 (0) 8732 - 92 15 0
www.unterholzner-photovoltaik.de

Softwarelösungen

M71 SERVICE

Wir vereinfachen deinen Alltag mit der passenden Software.
m71-service.de



VIRTUELLE GZ-EXPERTENRUNDE:

Aktuelle Herausforderungen im kommunalen Straßenbau

Im Rahmen des Bayerischen InfrastrukturForums 2022 griff eine virtuelle GZ-Expertenrunde „Aktuelle Herausforderungen im kommunalen Straßenbau“ auf und stellte diese gemeinsam mit den Partnern Landesverband Bayerischer Bauinnungen, Bayerischer Bauindustrieverband, Baustoff Recycling Bayern, Bayerischer Industrieverband Baustoffe, Steine und Erden, Landeshauptstadt München und Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr lösungsorientiert zur Diskussion.

Rund 860.000 km Straßen sind die sichtbaren Lebensadern unseres Zusammenlebens in Deutschland. Die Gemeindestraßen, deren Bau und Unterhalt den Gemeinden innerhalb ihres Gemeindegebietes obliegt, bilden weit über die Hälfte des Straßennetzes ab. Für den kommunalen Straßenbau und -unterhalt erhalten die bayerischen Gemeinden pauschale Fördermittel des Freistaats. Darüber hinaus können Neu- und Ausbauprojekte von verkehrswichtiger Bedeutung gefördert werden. „Aufgrund hoher Energiepreise, massiv steigender Erzeugerpreise, steigender Umweltauflagen, stetig steigender Kosten für Transport und Entsorgung von Bauabfällen und des Fachkräftemangels stehen die Ausbau- und Erhaltungsplanungen der Kommunen im Straßenbau zunehmend unter Druck“, erläuterte eingangs GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel.

Wie in Stoffkreisläufen gedacht, geplant und gebaut werden sollte, führte Baudirektor Dr.-Ing. Johann Eicher, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr, aus. In der Bauwirtschaft sei eine steigende Akzeptanz zu verzeichnen und eine boomende Nachfrage nach Sekundärbaustoffen zu erwarten. Mit deren verstärktem Einsatz könne jeder Bauherr nicht nur seine Entsorgungs- und Baustoffkosten senken. Die Vermeidung langer Transportwege für Materialanlieferung



und Entsorgung helfe aber vor allem dabei, CO₂-Ausstoß und Verkehrsbelastung zu verringern und somit aktiv einen Beitrag für mehr Klima- und Umweltschutz zu leisten.

Die Ersatzbaustoffverordnung wird Eicher zufolge ab August 2023 rechtsverbindlich anzuwenden sein. Die Vorbereitungen zur Umsetzung in Bayern seien in vollem Gange. Dabei müsse die Qualität der Baustoffe in Hinblick auf die technischen und umweltfachlichen Anforderungen gleichermaßen gesichert sein. Gerade dies sei jedoch mit den neuen und noch zu erwartenden Regelwerken relativ logisch und einfach möglich. ■

Bodenaushub, ein Abfallstoff?



Bild: Built Robotics auf unsplash



Holger Seit

Bild: Landesverband Bayerischer Bauinnungen

HOLGER SEIT | LANDESVERBAND BAYERISCHER BAUINNUNGEN

Bodenaushub als Ressource behandeln

Jährlich fallen bei Baumaßnahmen in Bayern rund 33 Millionen Tonnen Bodenaushub an. Dieser riesige Stoffstrom wird derzeit noch weit überwiegend als Abfall behandelt. Zwar werden etwa 89 Prozent der Bau- und Abbruchabfälle, zu denen auch die Abfallart „Boden und Steine“ gehört, verwertet, aber dies geschieht meist noch durch die Verfüllung von Gruben und Brüchen mit Bodenaushub¹. Viel zu wenig Bodenaushub wird als Baumaterial auf anderen Baustellen wiederverwendet. Dies muss sich schnell und radikal ändern. Denn zum einen führen konkurrierende Nutzungen, immer weniger Abbaufelder und eine vielerorts mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung zum Rückgang der Abbaufelder und damit auch der künftigen Verfüllgruben für Bodenmaterial und Bauschutt, zum anderen zwingt die klimagerechte und dem Stoffkreislauf verpflichtete Transformation der Bauwirtschaft zur Wiederverwendung von Bodenaushub als wertvolle Ressource für Bauvorhaben.

Dies hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) am 17.11.2022 mit seinem richtungsweisenden „Porr-Urteil“² bestätigt. In der Folge dieses Urteils ergeben sich neue Möglichkeiten, Bodenmaterial, auch wenn es nicht wieder auf der Baustelle verwendet werden soll, direkt als Ressource wieder zu verwenden. So kann etwa der Bauherr schon vor dem Aushub die Qualität des Bodenmaterials bestimmen und eine passende umweltgerechte Verwendung festlegen. Dann ist das ausgehobene Bodenmaterial kein Abfall, weil es an einer Entledigung fehlt.

Aber auch immer dann, wenn das Bodenmaterial zunächst als Abfall behandelt werden muss, sollten sich kommunale Bauherren darum bemühen, dieses als wertvolle Ressource wieder im Baustoffkreislauf zu verwerten. Ein Bodenmanagement ist dabei die zentrale Lösung für den Umgang mit Bodenaushub. Dies hat ab dem 1. August 2023 nach den Anforderungen der neuen Ersatzbaustoffverordnung und der novellierten Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung zu geschehen, sofern das Material als Abfall behandelt werden muss. Es empfiehlt sich, sich mit den neuen Anforderungen intensiv auseinander zu setzen. Denn vieles ändert sich gegenüber der bisherigen Praxis:

- Alle mineralischen Bauabfälle müssen nun vom Erzeuger / Besitzer oder dem Betreiber der Aufbereitungsanlage vor jeder Verwertung im Tief- und Straßenbau auf Schadstoffe beprobt, chemisch analysiert, bewertet, klassifiziert, dokumentiert und nach Einbautabellen verwertet werden.
- Betreiber von Zwischenlagern müssen Annahmekontrollen durchführen und Bodenmaterial und Baggergut vor ihrer Verwertung von einer Untersuchungsstelle untersuchen, bewerten und klassifizieren zu lassen.
- Für die Analytik der Proben gibt es neue Anforderungen.
- Es gibt eine komplett neue Klassifikation und Einbautabellen in der Ersatzbaustoffverordnung (EBV). Die sog. „Z-Werte“ nach der LAGA M 20 als Voraussetzung für die Beurteilung des Verwertungsweges wird es nicht mehr geben.
- Für höher belastete mineralische Ersatzbaustoffe wird ein Ersatzbaustoffkataster eingeführt.
- Und für Aufbereitungs-/ Recyclinganlagen wird die bisher freiwillige Güteüberwachung verpflichtend eingeführt.

Bis zum Inkrafttreten der Ersatzbaustoffverordnung (EBV) geben der neue Leitfaden des Bayerischen Landesamts für Umwelt „Umgang mit Bodenaushub“ und die dort gezeigten Best-Practice-Beispiele zum Bodenmanagement beim innerstädtischen Leitungsbau, der Umlagerung von Bodenmaterial in einem neuen Baugebiet oder etwa der Wiederverwendung im Straßenbau wertvolle Hinweise. ■

LBB-BAYERN.DE

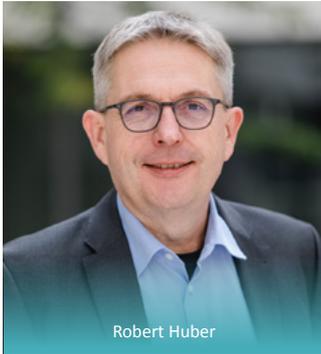
Quellenangaben:

¹ Antwort der Bayerischen Staatsregierung auf eine Anfrage Bündnis 90/Die Grünen, Bayerischer Landtag, DS18/10891 vom 14.01.2021

² Europäischer Gerichtshof (EuGH), Urteil vom 17.11.2022, Aktenzeichen C-238/21

ROBERT HUBER | BAYERISCHER BAUINDUSTRIEVERBAND E.V. (BBIV)

Materialpreissteigerungen im kommunalen Straßenbau in Bayern – Herausforderungen in der Praxis



Robert Huber

Als Folge der Corona-Krise und anderer globaler Marktereignisse kam es bereits ab 2021 zu teilweise drastischen Preiserhöhungen und Lieferengpässen bei verschiedenen Rohstoffen. Mit Beginn des Kriegs in der Ukraine im Februar 2022 hat sich die Situation bei Baumaterialien und Rohstoffen schlagartig und deutlich verschärft. Die Folge:

Durch die aktuellen Materialpreissteigerungen verteuern sich auch Projekte im kommunalen Straßenbau teilweise erheblich, was unter anderem zur Überschreitung der kommunalen Budgets führt.

Aufgrund der kommunalen Autonomie sind die Gemeinden an die Materialpreiserlasse von Bund und Freistaat nicht gebunden. Mit Schreiben des BayStMI vom 6. April 2022 wird den Kommunen die entsprechende Anwendung der Erlasse bei Ihren Baumaßnahmen lediglich empfohlen, verbindlich ist dies für die Gemeinden jedoch nicht. „Dies hat zur Folge, dass sie sich in einer Reihe von Fällen sowohl bei Bestandsverträgen weigern, bei Materialpreissteigerungen Preisanpassungen vor-

zunehmen als auch bei Neuausschreibungen Stoffpreisgleitungen aufzunehmen“, betonte Robert Huber.

Für den Bauunternehmer bestehe keine Möglichkeit, bei seinem kommunalen Auftraggeber den Einsatz von Stoffpreisgleitklauseln oder anderen vertraglichen Anpassungsmechanismen zu erzwingen. Obwohl unabhängig von den Materialpreiserlassen dem Bauunternehmer bei erheblichen Materialpreissteigerungen unter bestimmten Umständen (Preis-)Anpassungsansprüche nach § 313 BGB zustünden, müsse dieser bei Weigerung des kommunalen Auftraggebers diese Ansprüche im Zweifel gerichtlich durchsetzen, wobei die Risiken beträchtlich und der Zeitaufwand erheblich seien.

In dieser schwierigen Lage, so Huber, sollten Auftraggeber und Auftragnehmer versuchen, „einvernehmliche Preisanpassungsregelungen mit dem Komm-AG zu erstreben“. Sinnvoll sei es, das Gespräch zu suchen, um auf die Kosten- und Risikosituation aufmerksam zu machen. Ziel sollte sein, das sich realisierte Risiko fair zu teilen. Der Komm-AG sei nicht verpflichtet, aber ausdrücklich berechtigt, die Mehrkostenerlasse für eigene Straßenbauvorhaben anzuwenden. Eine einvernehmliche Lösung sei hier in aller Regel einer gerichtlichen Auseinandersetzung vorzuziehen, auch wenn die eigenen Wunschvorstellungen nicht vollumfänglich realisiert werden könnten. ■

[BAUINDUSTRIE-BAYERN.DE](https://www.bauintustrie-bayern.de)

STEFAN SCHMIDMEYER | BAUSTOFF RECYCLING BAYERN E.V. UND

DR. BERNHARD KLING | BAYERISCHER INDUSTRIEVERBAND BAUSTOFFE, STEINE UND ERDEN E. V. (BIV)

Umgang mit Recycling-Baustoffen im Straßenbau

Die hochwertige Verwertung von mineralischem Bauschutt und Straßenaufbruch sowie deren Wiedereinsatz in der Bauindustrie als Sekundärrohstoffe („Recycling-Baustoffe“) trägt in erheblichem Umfang zur Einsparung von Primärressourcen und schließlich auch zum Klimaschutz bei. Das Thema Gütesicherung spielt für das Vertrauen der Auftraggeber in Sekundärbaustoffe, aber auch in der Kommunikation mit den Bundes- und Landesumweltministerien, Behörden und Kommunen zur Umsetzung einer ordnungsgemäßen Vollzugs der Ersatzbaustoffverordnung eine bedeutende Rolle.

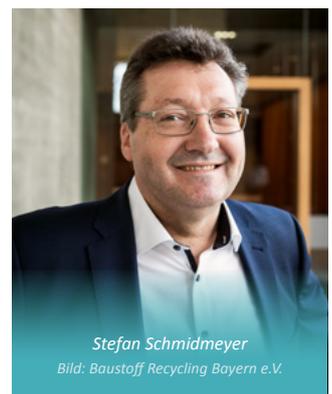
Im Umgang mit Recycling-Baustoffen im Straßenbau ist laut Stefan Schmidmeyer und Dr. Bernhard Kling das Augenmerk auf die Sicherung des langfristigen Bedarfs an Gesteinsrohstoffen zu legen. Allein in Bayern summiert sich der Bedarf an mineralischen Rohstoffen auf rund 150 Mio. Tonnen, davon allein rund 120 Mio. Tonnen Sand, Kies und Schotter für die Bauwirtschaft. Für jeden Einwohner bedeutet dies, dass er pro Tag über 30 Kilogramm benötigt – also mehr als ein Kilogramm Steine pro Stunde.

Bau- und Abbruchabfälle sind sowohl in Deutschland als auch in Bayern der mengenmäßig bedeutendste Abfallstrom. Im Freistaat fallen insgesamt rund 50 Mio. Tonnen zu entsorgende Abfälle aus Bau- und Abbruchmaßnahmen an – mit den drei größten Fraktionen Bodenaushub und Steine mit über 33 Mio.



Dr. Bernhard Kling

Bild: Bayerischer Industrieverband
Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV)



Stefan Schmidmeyer

Bild: Baustoff Recycling Bayern e.V.

Tonnen, Bauschutt mit mehr als 10 Mio. Tonnen sowie Straßenaufbruch mit knapp 4 Mio. Tonnen. Davon wurden 12 % beseitigt, 54 % in Gruben, Brüchen und Tagebauen verfüllt und lediglich 20 % recycelt bzw. in Asphaltmischanlagen aufbereitet. 10 % wurden direkt bei Baumaßnahmen wieder eingesetzt.

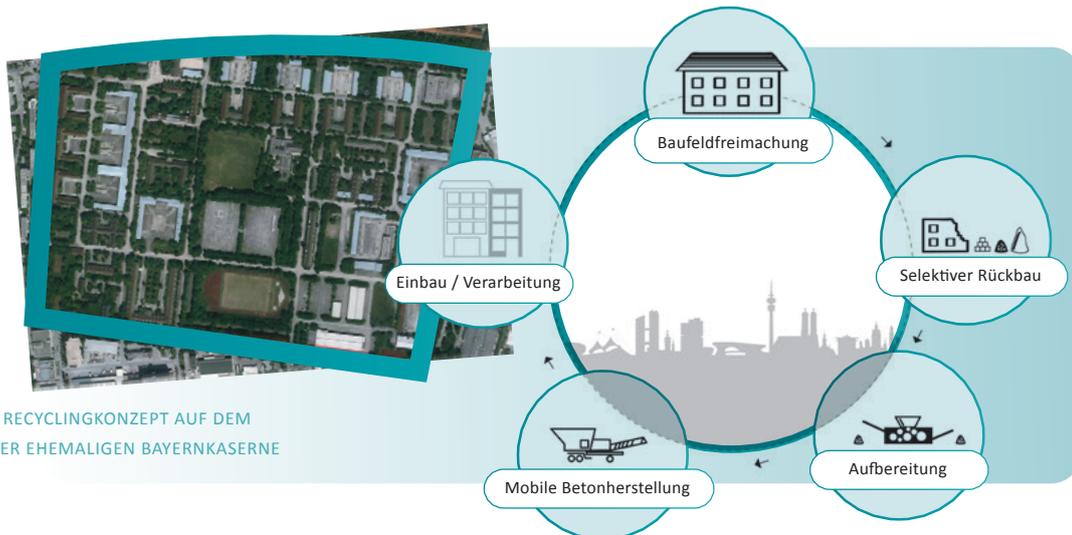
Um die Ressourcen zu schonen, müssen Schmidmeyer und Kling zufolge die Potenziale von Recycling-Baustoffen genutzt werden. Technische Regelwerke mit den Vorgaben „Zusammensetzung nach Bestandteilen“, „Umweltrelevante Merkmale“ und „Bautechnische Anforderungen“ ließen hier eine Vielzahl an Einsatzmöglichkeiten zu. →

Recycling-Baustoffe dürfen in der Regel nur als geprüfte, güte überwachte und zertifizierte Recycling-Baustoffe in Verkehr gebracht und in technischen Bauwerken eingesetzt werden. Sekundärbaustoffe, die die Anforderungen der einschlägigen Regelwerke (z.B. DIN-Normen, TLGestein-StB, TLSoB-StB, TL Bub E-StB, Länderspezifische Regelungen usw.) erfüllen, sind für den jeweiligen Verwendungszweck geeignet und gelten im Sinne des Vergaberechts als ungebrauchte Baustoffe. Recycling bzw. Sekundärbaustoffe sind somit den Primärbaustoffen gleichwertig. Nur durch die Zertifizierung kann sichergestellt werden,

dass alle bautechnischen und umweltrelevanten Eigenschaften, abgestimmt auf den jeweils geplanten Einsatzbereich, regelmäßig geprüft und die Anforderungen umfänglich eingehalten werden.

Ein Beitrag zur Nachhaltigkeit ist die Berücksichtigung von Transportentfernungen. Bei der Primärrohstoffgewinnung entlasten RC-Baustoffe den Flächendruck. Wichtig ist es, die Akzeptanz durch den Einsatz von güteüberwachten und zertifizierten RC-Baustoffen zu erhöhen. Hier kommt der Öffentlichen Hand eine Vorbildfunktion zu. ■

BIV.BAYERN
BAUSTOFFRECYCLING-BAYERN.DE

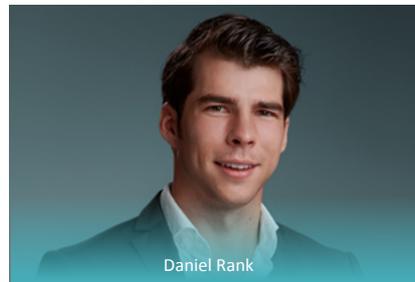


INNOVATIVES RECYCLINGKONZEPT AUF DEM
50 H AREAL DER EHEMALIGEN BAYERNKASERNE

DANIEL RANK | LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

EU-Projekt „URGE: Circular Building Cities“

München war Partner im europaweiten Projekt „URGE: Circular Building Cities“. Im intensiven Austausch wurden lokale Maßnahmen entwickelt, um die Kreislaufwirtschaft im Bausektor in europäischen Städten langfristig zu etablieren. Gefördert wird das EU-Projekt durch URBACT, das europäische Programm für nachhaltige Stadtentwicklung.



Daniel Rank

Unter der Leitung der niederländischen Stadt Utrecht bildete München für URGE von 2019 bis 2022 ein sogenanntes Aktionsplanungsnetzwerk mit den Städten Riga, Prato, Kopenhagen, Granada, Kavala, Maribor und der Region Portugal Oeste. Das Kommunalreferat betreute federführend für die Landeshauptstadt München das Projekt URGE - unterstützt durch den Fachbereich Europa und Internationales im Referat für Arbeit und Wirtschaft.

Eine lokale Expertengruppe, die URBACT Local Group (ULG), arbeitete während des Projekts und darüber hinaus an der Entwicklung geeigneter Maßnahmen mit. Im Mai 2022 verabschiedete der Münchner Stadtrat den „Maßnahmenplan zur Förderung und Etablierung einer Kreislaufwirtschaft im Bausektor“.

Das URGE-Projekt endete europaweit im August 2022.

Als Münchner Modellareal diente das ca. 50 Hektar große Gelände der ehemaligen Bayernkaserne in Freimann. Bis ungefähr 2030 sollen dort 5.500 neue Wohnungen für circa 15.000 Menschen entstehen, außerdem Schulen, Sportanlagen, ein Stadtpark und alles, was ein dicht bebautes modernes Stadtviertel lebenswert macht. 2019 beschloss der Münchner Stadtrat dafür ein innovatives Recyclingkonzept mit dem Fokus auf Grauer Energie.

Im Pilotprojekt lässt das Kommunalreferat beim Abriss der alten Militärgebäude Bauschutt direkt vor Ort sortieren und wiederaufbereiten, so dass große Teile davon als Recycling-Beton in den Neu-

bauten Verwendung finden. Anfallendes Erdreich wird zudem getestet und für den Gartenbau oder die Landwirtschaft verwendet. Das Baustoff-Recycling ermöglicht es zudem, hohe Entsorgungskosten zu vermeiden. So kann die Stadtverwaltung zeigen, dass die Kreislaufwirtschaft sowohl ökologischen als auch wirtschaftlichen Nutzen schafft. ■

STADT.MUENCHEN.DE/INFOS/URGE.HTML

IMPRESSUM:

Sonderdruck der
Bayerischen Gemeindezeitung

Redaktion: Doris Kirchner, Holger Seit
Bilder: wie angegeben
Gestaltung: Michael Seidl
Verantwortlich: Constanze von Hassel
Druck: Creo-Druck Bamberg

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Tel.: 08171 / 9307-11
Fax: 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de